

AntifaZ

Antifaschistischen Zeitung

42 REC. 14.2

48

Juli/ August '94
9. Jahrgang
Preis DM 3,00



**Endstation
Abschiebeknast**

**Sollen die Glatzen
platzen?**

**FAP
auf
Türkenjagd**



Inhalt

3 Editorial

Berichte

4 Endstation Abschiebeknast

6 Demonstration in Solingen

11 "Sollen die Glatzen platzen...?"

14 FAP auf Türken-Jagd

19 Reise nach Kurdistan

26 Freiheit für Münir Ceylan

30 Aufräumarbeiten in Dortmund

22 Impressum

Dokumentation

16 Mexiko, Teil III

28 Rede von Münir Ceylan

Debatte

8 Superwahljahr 1994

35, 36 Gedichte

Kommentar

13 Die "Skinhead-Veranstaltung" in Wanne-Eickel

Aufruf

23 Machen Sie keinen Urlaub in der Türkei

LeserInnenbriefe

31 Europas Sarg wird erneut gebaut...

32 Euthanasie, Bioethik...

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

In eigener Sache

Da die AntifaZ immer noch an einem chronischen Finanzloch leidet, haben wir für 1994 eine Änderung der Aboñements- und Anzeigenregelungen beschlossen.

Das Einelaboñement kostet 27,-DM (Förderaboñement ab 30,-DM) pro Jahr, Porto eingeschlossen. Die Überweisung des Abo-Preises erbitten wir halbjährlich oder jährlich im voraus, also entweder jeweils im Januar und Juli oder nur im Januar (oder per Einzugsermächtigung). Die Mehrfachaboñements kosten drei DM pro Zeitung und sind porto frei. Für Anzeigen erbitten wir Vorkasse für jeweils zwei Ausgaben der AntifaZ per Überweisung oder Einzugsermächtigung.

Kontonr.: 334 01 027

BLZ: 430 500 01

Sparkasse Bochum

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

EDITORIAL

"CDU,SPD - Alles der gleiche Scheiß ?" war ein Artikel von Stephan W. Born in der vergangenen Ausgabe unserer Zeitschrift überschrieben - in einem zweiten Teil nimmt der Autor in dieser Ausgabe zu den **Ergebnissen der Europawahl** Stellung.

Einen größeren Raum nimmt diesmal die Berichterstattung über faschistische Aktionen und antifaschistische Gegenaktionen ein, wir berichten über eine **Veranstaltung zum Thema "Skinheads"** mit dem Referenten **Klaus FARIN** in **Wanne-Eickel** und in diesem Zusammenhang über geplante **Störaktionen der FAP**. Auch in **Oer-Erkenschwick** versuchte die faschistische Gruppe, durch Jagd auf türkische Jugendliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Während des **"Wahlkampfes"** stehen die **REPs** oft im Mittelpunkt des Interesses der AntifaschistInnen; wir berichten über eine gelungene **"Plakat-Vernichtungs-Aktion"** in Dortmund.

Zwei **Demonstrationen in NRW** standen nicht zufällig im Zentrum der vergangenen Wochen: Ein Jahr nach den Morden in Solingen fand in **Solingen** eine größere Demo statt, sehr viel weniger, nämlich knapp 500 Menschen, beteiligten sich an der einen Tag später, am 29. Mai, in **Büren** stattfindenden Demo gegen den dortigen Abschiebeknast. Wir berichten unter dem Stichwort: **"Endstation Abschiebeknast"**.

Einen großen Teil dieser Ausgabe nimmt erneut das Thema **Kurdistan/Türkei** ein.

Es gibt den Auszug eines längeren **Reiseberichts** von **Thea A. Struchtemeier**, die vom 29. April bis Ende Mai den südlichen Teil Kurdistans (im Nord-Irak gelegen) besuchte und u.a. über **Frauenprojekte in Kurdistan** berichtet

Klaus Dillmann schreibt über eine Veranstaltung **"Gewerkschafter fordern Freiheit für Münir Ceylan"** (Vorsitzender der türkischen Erdöl- und Chemiearbeitergewerkschaft Petrol Is), die am 3. Juni in **Dortmund** stattfand.

Auch von Klaus stammt ein Artikel **"Machen Sie keinen Urlaub im Spezialkriegsland Türkei"**, der sich an einen Text in der Zeitschrift "Ein Loch in der Zensur" (Nr. 43, Mai 1994) anlehnt.

Was es sonst noch gibt ?

Ein Leserbrief des Dortmunder **ANTI ATOM BÜROS** gegen die Artikel von Bruno über **Euthanasie und Behinderung** sowie eine Stellungnahme der Redaktion zu diesem Leserbrief.

Außerdem (selbstverständlich) den **dritten Teil** der Serie über **Mexiko** von KD.

Und, falls der Platz noch reicht, soll noch hinein ein Artikel über die Fortsetzung des NO-Prozesses in Dortmund, möglicherweise auch noch die Übersetzung einer Rede von Münir Ceylan (siehe oben).

Aber das werdet Ihr selber entdecken können.

Über ein **Wochenendseminar des Antifaschistischen Bundes in Papenburg**, insbesondere über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen **"Gegen Sexismus"**, **"Euthanasie"** und **"Kurdistan"**, berichten wir in der kommenden Ausgabe.

Für heute solls reichen, wir entschuldigen uns für eine gewisse "Unlust", die wir beim Herstellen des "Lay outs" (draußen 33 ° C) verspürten. Möglicherweise merkt Ihr das an der einen oder anderen Stelle.

Seis drum, wir wünschen allen LeserInnen der AntifaZ erholsame Sommerferien,

bis zur nächsten Ausgabe grüßt Euch

**WT im Namen der
AntifaZ-Redaktion.**

ENDSTATION ABSCHIEBEKNAST

Demonstration gegen den Abschiebeknast in Büren am 29.5.1994

Etwa 500 Menschen demonstrierten am 29. Mai in der westfälischen Kleinstadt BÜREN (in der Nähe von Paderborn) gegen den dortigen "High-tech"-Abschiebeknast. Das Datum wurde zur Erinnerung an die Morde von Solingen ausgewählt - eine nachvollziehbare Begründung, denn auch die Abschiebeknäste sind Orte, an denen AsylbewerberInnen getötet werden, wenn auch nicht durch faschistischen Terror, sondern "allein" durch die "Legalität" der Maßnahmen dieses Staates.

Die Demonstration in Büren

Es gab im Grunde zwei Demos: Eine durch das kleine Städtchen, wobei eigentlich nur eines zu vermerken war: Die Stadt ist sauber und gepflegt, aber es scheint dort keine Menschen zu geben - jedenfalls konnten wir während der Demo nur eine Handvoll von Leuten sichten. Das mag wohl auch dazu beigetragen haben, daß einige Gruppen von Autonomen immer wieder die Teilnahme der BürgerInnen "einklagten" ("Leute, laßt das Gaffen sein, kommt herbei und reiht euch ein"). Überhaupt waren neben einer größeren Zahl von in Asylkreisen tätigen AktivistInnen wohl überwiegend Autonome aus Ostwestfalen angereist - es wurde also nicht die "bundesweite" Demonstration, als welche sie zumindest von einigen angekündigt worden war. Die ostwestfälischen Autonomen fielen ein wenig durch besondere "Wortradikalität" auf, vermutlich ist bis zu ihnen die Diskussion über das Überwinden des "Sektierertums" noch nicht ganz vorgedrungen. Auf diesem Gebiet fiel dann (ob positiv, sei mal dahingestellt) auf, daß die "unregierbaren" Autonomen (angereist aus Bochum, Herne und Wuppertal) es ernstnehmen mit der Überwindung des sektiererischen

Auftretens. Zumindest für ihre WählerInnenscharen im Ruhrgebiet wurden "massenfreundliche" Parolen entwickelt, deren Glanzstück: "Weg mit DIE Abschiebeknäste" zu einer Reihe von Spekulationen bei Demo-TeilnehmerInnen beitrug.

(U.a. wurde vermutet, daß es sich um eine Feminisierung der Parole "Weg mit DEN Abschiebeknästen" handeln könnte).

Die zweite Demo fand dann anschließend ca. acht Kilometer

martialesches Polizeiaufgebot, schikanöse Auflagen für die Demo und der am Schluß unternommene Versuch, durch Polizeitrupps, die wie Pfadfinder durch den Wald schlichen, die Demo anzugreifen und möglichst viele festzunehmen, sprechen für sich.

Zur Funktion der Abschiebeknäste

Der Abschiebeknast in Büren



außerhalb Bürens mitten im Wald statt, denn dort befindet sich der Abschiebeknast.

Obwohl selbstverständlich klar war, daß die 500 DemonstrantInnen nicht wirklich versuchen würden, mit "Power durch die Mauer" zu stürmen, zeigte dieser Staat mal wieder, daß er gewillt ist, unseren Wunsch sehr "ernst" zu nehmen. Ein

ist der derzeit größte, er wurde speziell für diesen Zweck neu gebaut und erinnert in seinen Ausmaßen und durch Beton und Stacheldraht einzig und allein an ein riesiges KZ.

Ab Mitte des Jahres werden 600 Flüchtlinge in diesem Knast eingesperrt sein, z.Zt. sind es bereits mehr als 400.

Büren war u.a. dadurch "ins Gespräch gekommen", weil sich Anfang April ca 50 Häftlinge massiv gegen die Haftbedingungen (einige sitzen seit über einem Jahr ein, laut Ausländergesetz können "Schüblinge" bis zu 18 Monaten inhaftiert werden) zur Wehr setzten. Auch der "Frei"-Tod des Sudanese Thomas Emanuel Tout in Herne brachte die Situation in den Abschiebeknästen ein wenig in die Diskussion.

Mit welchem Zynismus staatliche Stellen den Widerstand gegen die Abschiebeknäste und die Solidarität mit Flüchtlingen einzuschränken versuchen, sieht mensch z.B. an der Begründung, mit der ein Lautsprecherwagen vor dem Knast verboten wurde: Da die "Schüblinge" suizidgefährdet seien, könne eine laute Kundgebung vor dem Knast die Bereitschaft zum Selbstmord

verstärken! Also, nicht die Situation im Knast ruft die Bereitschaft zum Suizid hervor, sondern die Aussicht auf mögliche Solidarität und Hilfe!

NRW übernimmt die Vorreiterrolle

Insgesamt acht Abschiebeknäste richtete das Land seit Oktober 1992 ein. Über 1000 Flüchtlinge befinden sich zur Zeit in NRW in Abschiebehaft - noch 1988 waren es im Durchschnitt "nur" ca. 60 Personen.

Das einzige "Vergehen", dessen sich die Gefangenen "schuldig" gemacht haben, ist

der Wunsch, in der BRD zu leben.

Seit den sog. Asylkompromissen der Opposition und der Regierung macht sich die Flüchtlingsbürokratie an die Umsetzung der Beschlüsse, die auf Vertreibung oder Illegalisierung von fast allen Flüchtlingen in der BRD hinausläuft.

Pfarrer Rohr vom Herneer Asylkreis wies zutreffend darauf hin, daß der Abschiebeknast die "Endstation" eines Weges darstellt, auf dem vorher durch Behörden, durch konkrete Amtsleiter und "Schreibtischtäter" die Gleise in Richtung Folter und Mord gestellt wurden. Hier habe die Solidaritätsarbeit anzusetzen!

An den Grenzen zu Polen und Tschechien werden Bundesgrenzschutz und Soldaten stationiert, und an den Flughäfen werden Internierungslager ge-

Änderung des Asylverfahrensgesetzes vom Sommer 1992, der Eröffnung von Sammellagern zur Durchführung eines Schnellverfahrens sind selbst minimale Rechte und Klagemöglichkeiten ausgeschaltet.

In NRW regeln "Zentrale Ausländerbehörden" und Koordinierungsstellen im Innenministerium die administrative Seite der Massenabschiebungen.

Abschluß von Charterverträgen mit Fluggesellschaften über Abschiebeflüge, Erfinden von neuen "Abschiebemöglichkeiten", politischer Druck auf Botschaften, Menschen mit ungeklärter Identität Papiere auszustellen, gehört zu den Aufgaben dieser neuen Bürokratien.

Widerstand

Seit der Eröffnung der Abschiebeknäste leisten Häftlinge in

den Knästen Widerstand. Individuelle und kollektive Hungerstreiks haben in allen NRW-Knästen stattgefunden. In Gütersloh und Herne versuchten verzweifelte Flüchtlinge, den Knast in Brand zu stecken.

Vereinzelt ist es ge-

lungen, Schikanen und Übergriffe öffentlich zu machen oder von außen ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Der Widerstand und die Kette von Skandalen haben dazu geführt, daß das "rechtsstaatliche" Image der Abschiebeknäste ein Stück angekratzt wurde.



Demonstration durch den Ort

schaffen, so daß AsylbewerberInnen ihren Antrag praktisch im Knast stellen müssen und nach Ablehnung sofort abgeschoben werden.

Sollten es Flüchtlinge trotzdem bis zur BRD geschafft haben, dauert ihr legaler Aufenthalt oft nur wenige Wochen. Nach der

DEMONSTRATION IN SOLINGEN

EIN JAHR NACH DEM MORDBRAND

Am 28. Mai, einen Tag vor dem Jahrestag des Mordbrandes, dem in Solingen fünf türkische Frauen und Mädchen zum Opfer gefallen sind und bei dem einige weitere türkische Menschen teilweise erhebliche Verletzungen davongetragen haben, fand unter dem Motto "Gemeinsam und international gegen Rassismus und Faschismus" in Solingen eine landesweite Demonstration statt, zu der der "Solinger Appell" aufgerufen hatte.

Die Hauptforderungen dieser etwa 6000 bis 7000 Teilnehmende zählenden, von einem etwa gleichstarken Aufgebot an Polizei und Bundesgrenzschutz "begleiteten" Demonstration waren:

"Gleiche soziale und politische Rechte für alle hier lebenden Menschen!"
- "Verbot und Bekämpfung aller rassistischen und faschistischen Organisationen und Parteien!
Keine Wiederzulassung solcher Parteien und Ver-

bot jeglicher faschistischer und rassistischer Propaganda!" - "Die politischen Drahtzieher müssen zur Rechenschaft gezogen werden!"

Ich bin mit vier kurdischen bzw. türkischen Freunden auf einem der Zufahrtswege von einer BGS-Kontrolle aufgehalten worden. Unser Fahrzeug wurde offensichtlich angehalten, weil die Besatzung überwiegend "Schwarzköpfe" waren (wie es im Polizeijargon heißt), auch wenn dies von den kontrollierenden Beamten, von denen uns einer gut bayrisch mit "Grüß Gott!" ansprach, bestritten wurde. Aber Fahrzeuge, in denen blonde und blauäugige Menschen saßen, durften unkontrolliert durchfahren. Bei uns wurden zwar nur die Ausweise kontrolliert, aber ein

Videodokumentationstrupp filmte uns von allen Seiten, und wir durften erst weiterfahren, als dieser seine Arbeit beendet hatte. Auf meine Bemerkung, daß die Polizei in Magdeburg weitge-

hend durch Zurückhaltung gegenüber dem faschistischen Terror gegläntzt habe, kam die Antwort: "Dort wird die Polizei erst noch aufgebaut." Ich hätte mir eine solche Antwort fast denken können ...
Um die Demonstration hatte es im Vorfeld hef-

tige Auseinandersetzungen gegeben. Wie vor einem Jahr hatten sich auch diesmal wieder SPD- und DGB-Führung gegen eine Teilnahme von Mitglieder ihrer Organisationen gewandt. Aber auch die Grünen schreckten vor einer möglichen Verschärfung der Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat zurück, wie sie insbesondere in der Forderung gegen die politischen Drahtzieher zum Ausdruck gekommen war. Diese Forderung hatte kurz vor der Demonstration Brisanz erhalten, als im Verlaufe des Prozesses gegen die vier wegen des Brandanschlages Angeklagten bekannt geworden war, daß Bernd Schmitt, der Leiter der faschistischen Kampfsportschule **Hak Pao**, in der sich der **Deutsche Hochleistungs-Kampfkunstverband (DHKKV)**



Demonstration in Solingen

betätigt hatte und in der auch drei der vier Angeklagten regelmäßig trainiert hatten, seit 1990 als Spitzel der Abteilung VI des Düsseldorfer Innenministeriums tätig war und von der Polizei unbefugt belastendes Material hatte beiseiteschaffen können, das teilweise erst Ende 1993 von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurde. Dieser **DHKKV**, der bereits bei zahlreichen Gelegenheiten sowohl den REP als auch der Deutschen Liga sowie der Nationalistischen Front als "Saalschutz" gedient hat, hatte unter anderem Handzettel für den Bau von Molotowcocktails, Einsatzbefehle für faschistische Terroraktionen, Lageskizzen von Wohnhäusern, die vorwiegend von ausländischen Menschen bewohnt waren, Aufzeichnungen und Datensammlungen über antifaschistische und linke Kräfte in Solingen, NRW und auch anderen Bundesländern in seinen rund 55.000 Akten gesammelt.

Im **SOLINGER TAGEBLATT** vom Tag vor der Demonstration wurde massiv versucht, die Solinger Bevölkerung von einer Beteiligung abzuhalten: "Inzwischen kristallisiert sich immer stärker heraus, daß die morgige Demonstration von Gruppen des 'Solinger Appells' maßgeblich von kommunistischen MLPD-Mitgliedern beeinflusst wird. Das betrifft nicht nur die Organisation, sondern auch einzelne der zwölf vorgesehenen Redner." Und so tauten denn auch viele Menschen aus Solingen nach anfänglichem Mißtrauen erst allmählich auf, als sie begriffen, daß die Gewalt nicht von den Demonstrierenden ausging. Und auch der Kommentar des **SOLINGER TAGEBLATTES** nach der Demonstration war sehr viel freundlicher.

Tatsächlich war die MLPD (im Unterschied zum Vorjahr) diesmal an der Vorbereitung stark beteiligt. Außerdem waren bei dem von der Frauenorganisation **COURAGE** angeführten Zug sowohl türkisch-kurdische Organisationen (z.B. DİDF, Ekim, TKP/ML, Bolsevik Parti) als auch Autonome stark vertreten.

Ansprachen hielten außer einer Schülerin der Schülergruppe "Weiße Rose" und einer Vertreterin des "Internationalen Frauenverbandes" im Rahmen von "Courage" sowie mehreren türkischen und kurdischen Rednerinnen bzw. Rednern Ulla Jelpke (PDS-Bundestagsabgeordnete), Heinz Humbach (Vorstandsmitglied des NRW-Landesverbandes der VVN/BDA), Dietmar Kupfer (Betriebsrat aus Bochum) sowie Rechtsanwalt Roland Meister (Bundestagskandidat der MLPD/Offene Liste), der an zahlreichen Beispielen aus seiner Praxis als Rechtsanwalt belegte, daß die Asylpolitik der NRW-Landesregierung sich im Prinzip von derjenigen der Kohl-

Regierung nicht unterscheidet. Stark berührt waren viele von dem Vortrag eines Gedichts, das von einer Türkin einen Tag nach dem Anschlag in Solingen verfaßt worden war und dessen Titel auf deutsch mit "Angst ist heute unser größter Feind" wiedergegeben wurde. Unter den Demonstrierenden waren auch etliche Menschen asiatischer und afrikanischer Herkunft zu sehen. Trotz des teilweise provokativen Auftretens der Polizei (es gab allerdings auch Polizistinnen und Polizisten, die ihren Helm abgenommen hatten) verlief diese Demonstration sowohl kämpferisch als auch sehr diszipliniert. Rund 150 Ordner, die größtenteils einer antifaschistischen Kampfsportgruppe angehörten, sorgten dafür, daß Provokationen unterblieben.

Die Demonstration hat insbesondere viele Jugendliche ermutigt, künftig mit mehr Phantasie und offensiver gegen die Nazis vorzugehen. So entstand etwa die Dortmunder Plakatabnahmeaktion anläßlich der Europawahl einer Initiative "Solingen '94".

Tags darauf fand eine offizielle Gedenkshow statt, bei der sich Personen des deutschen und des türkischen Staates zur "Versöhnung" die Hände reichten und mal wieder gegenseitig die Bälle zuspielten. Dabei blieb das peinliche Thema der Mitwirkung des Verfassungsschutzes selbstredend unberührt. Leider ist es dem türkischen Botschaftspersonal gelungen, die von dem Brandanschlag so schwer getroffene Familie Genc weitgehend gegen Kontakte zu antifaschistischen Kräften abzuschirmen und sie so für den staatlichen Selbstbeweihräucherungsakt zu instrumentalisieren, der natürlich auch als ein Propaganda-Baustein zur Legitimation der türkisch-deutschen "Waffenbrüderschaft" gegen das kurdische Volk benutzt wird.

Die mangelnde Kontaktbereitschaft von Angehörigen der Brandopfer von Solingen stellte mit Bedauern auch die DİDF anläßlich ihrer in zahlreichen Städten in mehreren Ländern Westeuropas stattfindenden Veranstaltungstournee "Solingen'de Sivas'da yananlar bizim" (Die Brandopfer in Solingen und Sivas gehören zu uns) fest, zu der sie mehrere Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem SchriftstellerInnenkongreß in Sivas sowie Hinterbliebene der Opfer des gegen diesen gerichteten klerikalfaschistischen Brandanschlages vom 3.7.1993 eingeladen hatte, um ihnen hier die Chance einer in ihrer Heimat nicht möglichen öffentlichen Aufarbeitung ihrer traumatischen Erfahrungen zu bieten.

Klaus Dillmann



SUPERWAHLJAHR 1994

**SPD,CDU -
ALLES DER GLEICHE SCHEISS !**

(II)

Die Europawahlen, diverse Landtagswahlen und die Trendumfragen der vergangenen Wochen bestätigen die Einschätzung der Wahlkampfstrategien, wie sie in der vergangenen Ausgabe der AntifaZ vorgelegt wurden.

Nicht nur in Deutschland, in ganz Europa hat die Rechte zugelegt, aber auch demokratische und ökologische Forderungen haben zugenommen.

Wir könnten im Grunde zur Tagesordnung übergehen - nichts deutet daraufhin, daß der eingeschlagene Kurs zur Zeit größere Veränderungen erfahren könnte.

Im folgenden Artikel soll überlegt werden, ob der Trend tatsächlich so eindeutig ist, ob es möglicherweise Änderungen in den Wahlstrategien der beiden großen Parteien geben kann, außerdem wird ein erstes Fazit über das bisherige Eingreifen von AntifaschistInnen zu den Wahlen gezogen.

Die Europawahl - katastrophale Schlappe der Sozialdemokratie

Wir schrieben in unserer ersten Analyse: "Die CDU setzt verstärkt auf "Nationalismus" und "Starken Staat", die SPD versuchte anfangs, die "soziale Frage" für sich zu belegen, bekam dann aber Angst vor der eigenen "Courage" und läuft nun immer schneller der CDU hinterher, schafft es aber nicht so ganz, sich in Sachen "Nationalismus" und "Starker Staat" als noch kompetenter als die CDU darzustellen."

Die vergangenen Wahlen haben diese Einschätzung bestätigt. Die SPD konnte mit ihren "Sicherheits"-Parolen die CDU nicht rechts überholen (wie denn auch?), sie konnte mit dem Versuch, die "bessere Deutschlandpolitik" zu machen, nur auf dem Bauch landen - denn CDU und übrige Rechte einschließlich der Faschisten haben längst formuliert, wie diese Frage zu beantworten ist: Mit "Ausländer raus"-Politik, natürlich in den vielfältigsten Schattierungen, damit auch jede Klientel "richtig" bedient werden kann. Da konnte die SPD nur baden gehen, zudem verscherzte sie sich von Anfang an die durchaus nicht geringe Zahl der "linken" SPD-Wähler, die immer mal wieder mit "Grün" sympathisieren,

dann aber oft genug doch (aus Tradition) die SPD wählten - hier gab es riesige Einbrüche.

Und obwohl die Wahlergebnisse für "Die Grünen" und auch die für die PDS eine eindeutige Sprache sprechen, wird die SPD ihren Kurs nicht ändern (zumindest deutet bisher nichts darauf hin).

Dabei lag es selten so klar auf der Hand: Die einzige Chance, Kohl abzuwählen, wäre das "rot-grüne" Bündnis gewesen.

Ob Scharping insgeheim immer noch seinen Wunschtraum, die CDU-SPD - Koalition, vertritt, soll sein Geheimnis bleiben - denn auch dieser Traum scheint gegenüber der allgemeinen Entwicklung nur ein blasser Wunsch.

Nein, zur Zeit deutet alles auf einen grandiosen Wahlsieg der CDU/CSU, die FDP hat rechtzeitig Flagge gezeigt, und Kohl ist ganz sicher nicht so dumm, die Schwächen der SPD in den kommenden Wochen nicht gnadenlos zu nutzen !

Anzeige



Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
Ökologische Weine, Sekt und Säfte
Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18³⁰ Uhr
Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

Bleibt im Grunde nur eine "Dunkelziffer": Die WählerInnen.

Wir wollen der Frage nachgehen, ob nun wirklich schon alles so klar gelaufen ist, wie es auf den ersten Blick scheint.

Kann Kohl noch abgewählt werden ?

Wir sollten uns vor Augen führen, daß die Entwicklungen bei den WählerInnen nicht, nicht nur und auch nicht in erster Linie, manipulierbare Richtungen sind. Keineswegs hat sich an der grundlegenden Situation in unserm Land etwas geändert, wie sie sich zu Beginn des Jahres darstellte. Und damals wettete kaum jemand auch nur einen roten Heller mehr auf Kohl.

Denn klar war (und ist es auch heute noch): Diese Regierung betreibt mit größter Offenheit, gnadenlos und konsequent, eine Politik des sozialen Kahlschlags, des Konkurrenzkampfes, der Ausgrenzung sämtlicher Gruppen von "Schwachen" in dieser Gesellschaft, des gesteigerten Nationalismus mit dem Ziel, mehr und umfassender auch an kriegesischen Auseinandersetzungen in aller Welt "teilzunehmen", um "deutsche Interessen" expansiv voranzutreiben. Wie gern wären die Strategen der Hardthöhe schon auf dem Stand Frankreichs, das mal eben vorexerzierte, wie man so ohne weiteres militärisch in einem Land Afrikas interveniert.

GEGEN diese Politik gab (und gibt) es Widerstand - und zwar in breite Bevölkerungskreise hinein, und ein Bündnis SPD-Grüne hätte (zur Zeit als einziges) die Chance, Kohl abzulösen.

Aber die "Umgruppierungen" unter den WählerInnen sind deutlich: Eine sehr große Zahl von Menschen schwankt mehr oder weniger zwischen "allen" Positionen:

D.h., sowohl der Trend nach "Rechts" kann sich verstärken (weiterer Zuwachs für CDU und REPs) als auch der Trend für "Rot-Grün".

Meines Erachtens geht aber die "Umgruppierung" tiefer: Ich denke, daß immer mehr Menschen erkennen, daß eine "linke" Alternative nur OHNE die Sozialdemokratie möglich ist - der heutige Haufen hat in keinem einzigen Punkt mehr "soziales" Gedankengut.

Somit wird auch (fürs erste) wohl die Zahl der PDS-WählerInnen wachsen - die PDS versucht mit zunehmendem Geschick, sich als die aktuelle, moderne Form der Sozialdemokratie zu präsentieren. Falls es ihr gelingt, sich als "gesamtdeutsche" Partei zu präsentieren, dürfte dieser Entwicklung nicht mehr viel entgegenstehen (SPD, gute Nacht!).

Mehr als ernst genommen werden muß aber auch der Trend nach "Rechts". Das breite WählerInnenpotential für offen (oder mehr oder weniger getarnte) faschistische Positionen ist nach wie vor vorhanden, faschistische Politik wird

staatlicherseits gefördert, eine breite und starke demokratische Bewegung ist nicht in Sicht, die die faschistischen Gruppen aus der "Mitte" an den "Rand" der Gesellschaft zurückdrängen könnte.

Vorläufiges Fazit:

Es sieht kaum danach aus, als ob Kohl abgewählt werden könnte, es sei denn, die SPD korrigierte (auch jetzt noch möglich!) ihren grundlegenden Kurs und setzte konsequent auf den anfangs eingeschlagenen Kurs der "sozialen Frage". Auch auf dem Gebiet eines "ökologischen Umbaus" müßte sie reale Konturen entwickeln, um ein mögliches "Grün-Rot"-Bündnis gegenüber WählerInnen auch als tatsächlich "gewollt" erkennbar werden zu lassen.

Doch darauf deutet wenig hin, und so bleibt erneut nur die Frage, was kann Positives überhaupt bei den kommenden Wahlen erreicht werden?

Damit ist das Stichwort genannt für die Frage, wie bisher AntifaschistInnen in den Wahlkampf eingreifen konnten, konkret, wie weit sie diese Zeit verstärkten politischen Interesses nutzen konnten, um wichtige politische Ziele ein Stück voranzubringen.

Eingreifen von AntifaschistInnen bei den Europawahlen

Nach bisherigem Überblick ist die politische Tätigkeit der AntifaschistInnen auch durch die

Anzeige



Ché Coolala

Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM-KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

ab 20.00 Uhr geöffnet

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 02 31 / 17 81 45 • Fax: 02 31 / 17 83 47

Wahlkampfzeiten nicht wahnsinnig aktiviert worden.

Zwar fiel der "Wahlkampf" der "Unregierbaren" (die Wahlpartei eines Teils der Autonomen) durch einige lustige Ideen auf, das änderte aber an der insgesamt relativ flauen Aktivität der "Antifa" wenig.

Auf einem der wichtigsten "Felder" unserer Politik, dem Kampf gegen Massenabschiebungen von AsylbewerberInnen, gegen die Abschiebeknäste, für die Verbesserung der sozialen und politischen Situation von Flüchtlingen in unserm Land, sind wir nicht entscheidend vorangekommen. Zwar gab es Erfolge wie die Unterstützung einzelner Flüchtlingsfamilien wie in Köln oder Haltern (und anderen Städten), aber weder die kirchliche Unterstützung durch Bereitstellung von "Kirchenasyl" noch die Aktionen "Fluchtburg" (illegale Unterbringung von Flüchtlingen in größerem Ausmaß) sind vorangekommen.

Im Kampf gegen faschistische Parteien gibt es keine Massenbewegung für das Verbot, selbst die staatlicherseits angekündigte Initiative, das Verbot der FAP prüfen zu wollen, hat nicht zu nennenswerten politischen Aktivitäten GEGEN die FAP oder andere faschistische Organisationen geführt.

Zwar gab und gibt es Einzelaktionen (auch sehr gelungene) gegen Wahlauftritte, beispielsweise gegen REP-Stände und REP-Plakate, aber eine zielgerichtete und organisierte Bewegung gegen die faschistischen Organisationen ist nicht in Sicht.

So wundert es nicht, daß ausgerechnet die FAP sich als "demokratische Kraft" aufzuspielen versucht (siehe Bericht über Oer-Erkenschwick und Wanne-Eickel in dieser Ausgabe), um taktisch der Verbotsdrohung entgegenzuwirken.

Auch die positiven Ansätze der "Vernetzung" antifaschistischer Gruppen und Organisationen ist nicht besonders vorangekommen - dazu hat sicher auch die eigensinnige "Wahlkampf"-Initiative der "Unregierbaren" beigetragen.

Ein positiver Aspekt sei aber auf jeden Fall hervorgehoben: Die Zusammenarbeit mit ausländischen Organisationen, zwischen deutschen und ausländischen AntifaschistInnen, geht voran, und auch diejenige zwischen deutschen Organisationen, die ähnlich "internationalistisch" aktiv sind. (Hier ist positiv auch die neuere Entwicklung bei der MLPD, Unterstützung von Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit, Unterstützung von AsylbewerberInnen, etc. zu nennen).

Wenn es gelänge, diese positiven Ansätze weiter zu stärken, wäre schon ein kleiner Schritt in die richtige Richtung erreicht.

Stephan W. Born (A F B)

Anzeige

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum

Tel. 0234/ 450590

FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau

BIOLAND-Getreide

Eigene Mühle

Informationen

Betrieb in Selbstverwaltung



Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

Grauzone

Café und Kneipe
 Oerweg 53. 45657 Recklinghausen
 Tel.: 02361 - 27504

Mo. - Sa. ab 19.00 Uhr

Jeden Sonntag großes
 Frühstücksbüffet
 von 10.00 bis 14.00 Uhr
 und ab 18.00 Uhr

17.7. Endspiel Fußball-WM

5.8. **Selig**

- Laßt uns leben wie der Tag -

20.8. **The Real Jiggest Jumping**
 - Irish Folk -

17.9. **Twisted Minds**
 - Independent -

"SOLLEN DIE GLATZEN PLATZEN...?"

- Veranstaltung des AFB zum Thema "Skinheads" in Wanne-Eickel -

Mit über 350 BesucherInnen außerordentlich gut besucht war eine Veranstaltung der lokalen Gruppe des AFB in Wanne-Eickel, auf der als Referent KLAUS FARIN ausführlich über seine Untersuchungen unter Skinheads berichtete.

Gemeinsam mit der SV der Gesamtschule Wanne-Eickel und der Grün-Alternativen Jugend Herne hatten AntifaschistInnen des AFB aus Herne und Wanne-Eickel diese Veranstaltung organisiert.

Neben dem ausführlichen Referat von Farin wurden kürzere Ausschnitte aus Videofilmen von Skin-Konzerten, u.a. mit den Böhsen Onkelz, gezeigt, zudem ein längerer Ausschnitt aus dem Film "Die Wahrheit lügt in Rostock".

Besondere Publizität hatte die Veranstaltung durch die im Vorfeld bekanntgewordene Ankündigung der FAP NRW, "an der Diskussion" teilnehmen zu wollen, erhalten. Die FAP hatte schriftlich ein Hausverbot mitgeteilt bekommen, reichlich Polizei war in und um die Gesamtschu-

le postiert, als sich zu Beginn der Veranstaltung, insbesondere unter den anwesenden türkischen Jugendlichen, der Ausruf "Da kommen sie" verbreitete. In Sekundenschnelle strömten an die 50 türkische und deutsche Jugendliche zum Eingang, um den Nazis entgegenzutreten...Nun ja, es standen tatsächlich 10-12 FAP-Männer (keine Frau) vor der Tür, alle in Schwarz, an ihrer Spitze der inzwischen republikweit bekannte Oer-Erkenschwicker FAP-Bevollmächtigte für den Kreis

Recklinghausen, Dieter Riefling ("Miesling").

Obwohl die Veranstaltungsleitung die Jugendlichen eindringlich bat, nicht nach draußen zu rennen, trauten viele den Versicherungen der anwesenden Polizei nicht, daß Riefling und seine Truppe selbstverständlich keinen Einlaß finden würden.

Zu diesem - nach den Vorfällen in Rostock, Magdeburg und anderswo - zweifellos berechtigten Mißtrauen gegenüber der Polizei trug in der konkreten Situation noch bei, daß die vor dem Gebäude postierten PolizistInnen Riefling und seine Truppe erst einmal bis zum Eingang kommen ließen, wo er sich das Hausverbot vom Veranstaltungsleiter noch einmal bestätigen lassen durfte - erst jetzt forderten ihn die Beamten auf, den Platz zu verlassen - diesen Platzverweis setzten sie dann allerdings konsequent durch, was korrekterweise erwähnt werden muß.

Auch wenn viele Jugendliche im Grunde erwarteten, daß die Polizei die FAPler schützen würde, muß diese Einschätzung zumindest für die Veranstaltung in Wanne-Eickel zurückgewiesen werden.

Die dort eingesetzten Beamten hielten sich präzise an die im Vorfeld getroffenen Vereinbarungen, gingen auch nicht gesondert gegen die überwiegend türkischen Jugendlichen vor, die nach Verlassen der Veranstaltung die FAP-Truppe bis zum Bahnhof "begleiteten".

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei



Antifaschistischer Bund
Herner Str. 43
4567 Recklinghausen

Landesgeschäftsstelle
Postfach 14 03 36
53058 Bonn

Bonn, den

29.05.1994

Sehr geehrte Damen und Herren,

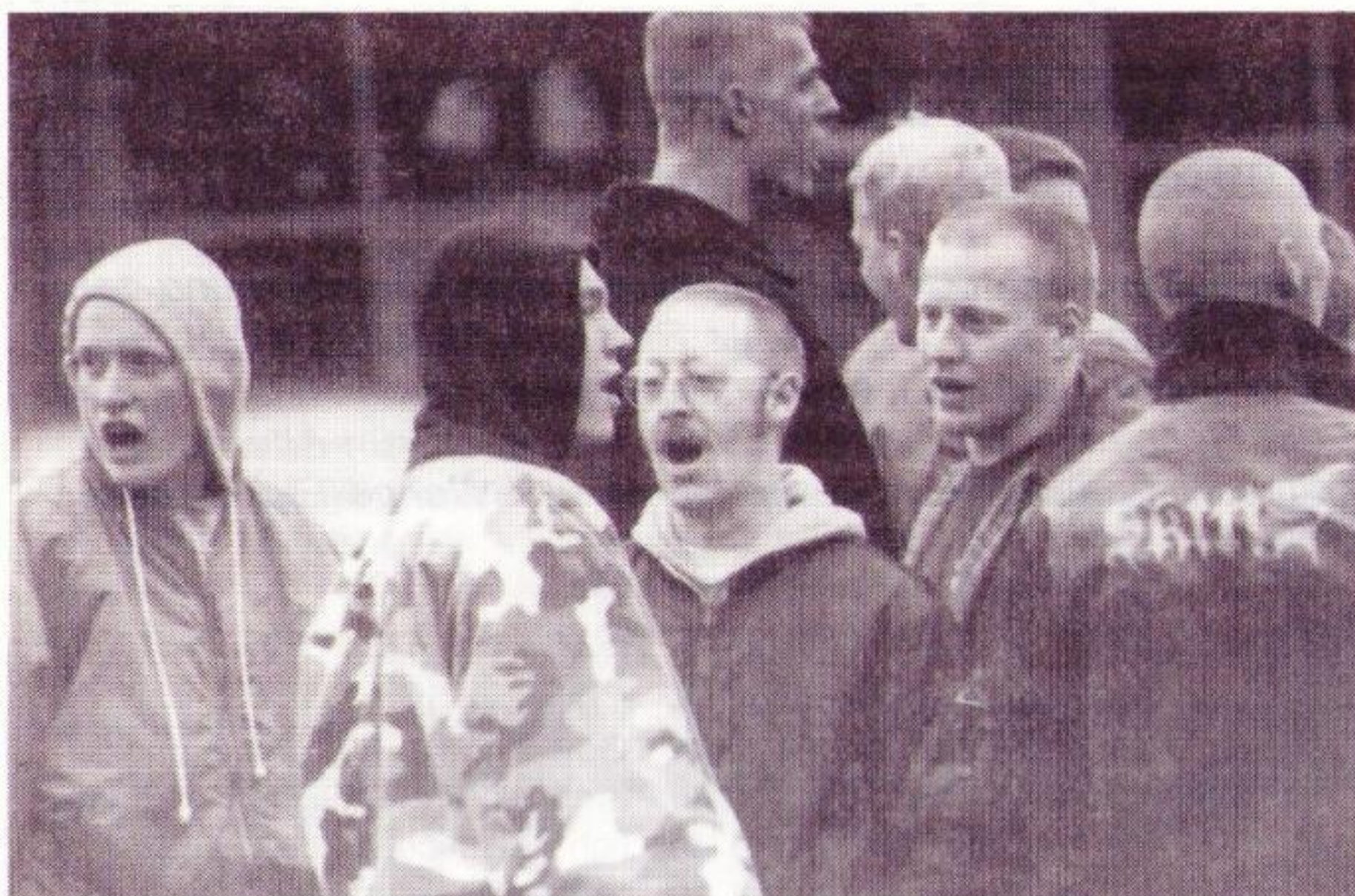
hiermit melden wir mit ca. 20 Personen unsere Teilnahme an der von Ihnen am 09.06.1994 geplanten Veranstaltung in Wanne-Eickel an. In unserer Begleitung werden sich mehrere Skinheads und ehemalige Skinheads befinden, so daß sie sicherlich innerhalb der Diskussion für einen interessanten Dialog sorgen könnten.

Bitte teilen Sie uns rechtzeitig mit, ob wir einen direkten Ansprechpartner für Sie abstellen sollen.

Wir machen Sie vorsorglich darauf aufmerksam, daß Sie öffentlich zu der geplanten Veranstaltung aufrufen und wir somit nicht ohne von uns hervorgerufenen Störversuche von der Veranstaltung ausgeschlossen werden können. Wir beabsichtigen natürlich keine Störversuche, sondern möchten uns am demokratischen Dialog beteiligen.

Für nähere Einzelheiten wären wir Ihnen verbunden und verbleiben somit abwartend mit dem besten Gruße,

- Norbert Weidner -



Dieter Riefling (Mitte) "Kreisbeauftragter" der FAP

Als es dort noch einmal zu eskalieren drohte, bat die Polizei den Veranstaltungsleiter, beruhigend auf die Jugendlichen einzuwirken - was dann allerdings nicht mehr nötig wurde, da der größte Teil von ihnen zur Veranstaltung zurückkehrte, nachdem die FAP-Truppe im Bahnhof verschwunden war.

Die Veranstaltung ging - notgedrungen - ein Stück von ihrem geplanten Konzept ab: in der an Farins kenntnisreiches Referat anschließenden Diskussion ging es selbstverständlich erst einmal um den FAP-Auftritt - so etwas war für Wanne-Eickel nun doch eine mittlere Sensation, und für die türkischen Jugendlichen ging es vor allem darum, "ihren" Stadtteil vor Faschisten zu schützen.

Doch es gab reichlich Kritik an dem "Hinausstürmen", insbesondere wurde kritisiert, daß damit gerade das Kalkül der FAP hätte aufgehen können.

Nach Einschätzung der VeranstalterInnen ging es der FAP selbstverständlich nicht um die "Teilnahme an der Diskussion", sondern um die gezielte Provokation. Das hätte etwa so aussehen können: FAP-Mitglieder kommen unbewaffnet,

diskussionsbereit zu einer öffentlichen Veranstaltung, werden "von Türken" angegriffen und müssen von der Polizei "geschützt" werden. Ein ähnliches Szenario hatte die FAP vor nicht allzu langer Zeit auch in Oer-Erkenschwick entwickelt, dort durchaus mit einigem Erfolg (siehe auch Bericht in dieser Ausgabe).

Daß dies Konzept in Wanne-Eickel nicht aufging, lag zum einen daran, daß sich die über-

große Mehrheit der TeilnehmerInnen an der Veranstaltung nicht provozieren ließ (wenn beispielsweise alle rausgerannt wären, wäre die Veranstaltung "gelaufen" gewesen), es lag auch daran, daß die Polizei hier endlich mal ihren Dienst korrekt machte. Doch soll hier keinesfalls jetzt "der" Polizei ein pauschales Lob erteilt werden -

dazu sind die Vorfälle in jüngster Zeit doch zu eindeutig!

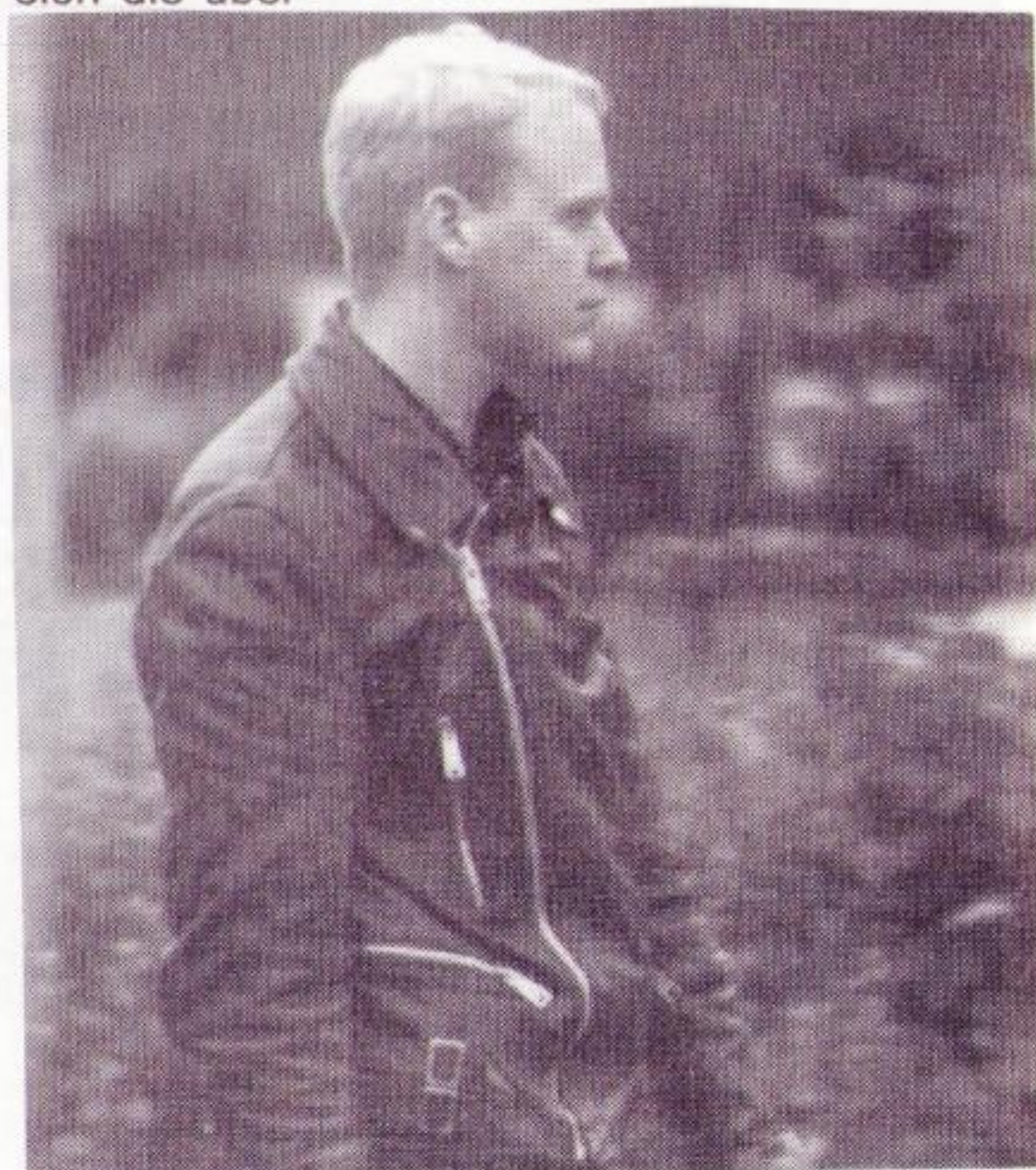
Zurück zur Diskussion mit Klaus Farin: Positiv wurde von vielen vermerkt, daß sie einiges über Skinheads dazugelernt hätten. Einige Skins waren auch in der Veranstaltung, beteiligten sich aber nicht an der Diskussion.

Neben dem großen Informationsgehalt in Farins Darstellungen erschien es ein wenig unpassend, wie ausführlich er quasi eine "Ehrenrettung" der "Onkelz" versuchte - vermutlich testete er einen schon in

Arbeit befindlichen Beitrag an, der kurz darauf in der taz erschien.

Egal, unterm Strich war das ein gelungener antifaschistischer Abend, und die örtliche AFB-Gruppe ist sicher ein Stück bekannter geworden.

Antifaschistischer Bund (AFB) Wanne-Eickel



Robert Langnickel, ehemals NO

"Sollen die Glatzen platzen..."

Ein Kommentar zur Veranstaltung in Wanne-Eickel

Zur Veranstaltung "Sollen die Glatzen platzen?" des Antifaschistischen Bundes (AFB), der Grün-Alternativen Jugend Herne und der Schülervertretung der Gesamtschule Herne-Wanne in dieser am 9. Juni sind zahlreiche Jugendliche - viele von ihnen waren türkischer Nationalität - nicht in erster Linie gekommen, weil es sie interessiert hätte, etwas über die Skinheads zu erfahren, sondern weil sie wußten, daß sich die FAP mit rund zwanzig Mann zu dieser Veranstaltung angekündigt hatte. Das hatte sie "elektrisiert". Sie wollten die Gelegenheit nutzen, um zu zeigen, daß sie in der Lage sind, "ihren Stadtteil" zu verteidigen. Als sich daher der FAP-Funktionär Riefling mit rund fünfzehn ausgesuchten Nazi-Skinheads an der Tür zur Aula der Gesamtschule blicken ließ, war das für diese Jugendlichen das Signal, hinauszustürzen, um ihnen "zu zeigen, wo es lang geht" - sie "begleiteten" sie bis zum Bahnhof Wanne. Die Polizei erteilte den Nazis dann auch noch für die Stadt "Hausverbot", so daß sie den Bahnhof nicht mehr verlassen konnten.

Auf meine Kritik (als Diskussionsleiter in der Veranstaltung) und die Kritik von anderen AntifaschistInnen hin reagierten insbesondere die teilweise inzwischen wieder zurückgekehrten türkischen Jugendlichen - "im Alter zwischen 9 und 17 Jahren", wie einer ihrer Sprecher als Begründung für ihr "spontanes" Handeln vorbrachte -, mit der Betonung ihrer Betroffenheit. Von den Naziangriffen betroffen seien ja gar nicht wir (die Deutschen), wohl aber sie und ihre Landsleute. Nun ist Betroffenheit zwar *eine* Sache, und da soll das Herz sprechen. Das ist wichtig. Aber wenn das Herz allein spricht, dann macht man mit Sicherheit Fehler, und bei politischen Auseinandersetzungen kommt es noch auf etwas anderes an: nämlich den Kopf.

War das nun eine Niederlage der Nazis oder nicht eher ein Sieg? Sie waren zu der Veranstaltung zwar in einer größeren Gruppe gekommen, aber waffenlos und ohne Propagandamaterial und betont "friedlich"; sie ließen sich von den Ordnern - unterstützt von der Polizei - auch ohne jeglichen Widerstand hinausweisen, denn sie waren sich von vornherein bewußt, daß sie eine Minderheit waren und auch voll im Visier der Polizei waren. Ihnen ging es diesmal gar nicht darum, "Randale" zu *machen*, sondern "Randale" zu *provokieren*. Machen sollten sie andere. Nämlich die, die sich gegen sie stellten. Ihr bloßes Erscheinen sollte den Anlaß zur "Randale" bilden.

Die angesichts der jüngsten Nazi-Gewalttaten - teilweise mit Todesfolge - politisch ins Abseits geratene FAP, der sogar ein Großteil ihrer Anhängerschaft "von der Fahne gegangen" ist, will jetzt den Märtyrereffekt zu ihren Gunsten nutzen. Ihren Führern ist es dabei

völlig egal, ob einer ihrer Anhänger dabei eventuell "über die Klinge springt". Sie brauchen so etwas, um ihre abbröckelnde Anhängerschaft wie eine verschworene Gemeinschaft erneut um sich scharen zu können, so wie dereinst die NSDAP ein Opfer wie Horst Wessel gebraucht hatte, um die SA als Schlägertrupp stabilisieren zu können.

Was ihnen an diesem Abend teilweise gelungen ist, ist die Tatsache, daß viele Jugendliche in ihrem Wunsch, sich auch einmal als "Helden" profilieren zu können, auf sie hereingefallen sind. Und wir vom AFB haben es nicht geschafft, diese unüberlegt handelnden Jugendlichen davon abzubringen. Insbesondere bei zahlreichen türkischen Jugendlichen hatten die Nazis diese Erfolge zu verzeichnen. Diesen jungen Leuten, die voller Tatendrang und Leidenschaft sind, fehlt zur Zeit eine wirkliche Perspektive, an der sie sich orientieren könnten. Wir sind bisher noch zu schwach, ihnen eine solche zu bieten, und wir könnten es auch nur mit ihnen zusammen.

Das vermögen heute teilweise die Faschisten. Auch die türkischen Faschisten der Grauen Wölfe. Sowohl die deutschen als auch die türkischen Faschisten profitieren davon, wenn sich die jungen Leute allein aufgrund ihrer unterschiedlichen Herkunft gegenseitig auf den Schädel hauen - wenn sie "die Glatzen platzen" lassen. Indem sie unter den deutschen und türkischen (sowie anderen) Jugendlichen den Haß gegeneinander schüren, treiben sie sich gegenseitig ihre Anhänger zu. So arbeiten die Faschisten beider (und auch weiterer) Nationalitäten sich gegenseitig in die Hände. Und sie sind sich dabei untereinander durchaus einig. Türkes (Führer der Grauen Wölfe) und Frey (Führer der Deutschen Volksunion) hegen nicht zuletzt wegen dieser gemeinsamen Ziele freundschaftliche Beziehungen zueinander..

Der AFB wird alles in seiner Kraft Stehende versuchen, um den Faschisten insbesondere deutscher und türkischer Couleur dieses Potential wegzunehmen. Wir wollen erreichen, daß sich - allen sprachlichen und sonstigen Schwierigkeiten zum Trotz - die antifaschistischen Gruppen in naher Zukunft dadurch auszeichnen, daß sie sich international zusammensetzen und so neue Möglichkeiten bieten, daß sich die Menschen und insbesondere die Jugendlichen in diesem Lande näherkommen. Auch unsere Zeitungen müssen über kurz oder lang - zunächst in den wichtigsten Artikeln - mindestens zweisprachig werden.

Veranstaltungen wie die über die Skinheads oder zum Film "Die Wahrheit lügt in Rostock" sollen dazu beitragen.

KD

FAP AUF TÜRKEN-JAGD

- Szenen aus Oer-Erkenschwick -

Am 12. Mai 1994, "Vattatach" (für Nicht-RuhrgebietlerInnen: Vatertag), haben nicht nur in Magdeburg Nazis Jagd auf AusländerInnen und AsylbewerberInnen organisiert.

In Oer-Erkenschwick, am nördlichen Rand des Ruhrgebiets gelegen, organisierte - mal wieder - FAP-Häuptling Riefling eine versuchte Jagd auf türkische Jugendliche.

Auf dem in der Mitte der Stadt gelegenen Platz (sinnigerweise heißt dieser "Berliner Platz") provozierte er mit einer Gruppe von sechs Nazis die dort anwesenden türkischen Jugendlichen, man rief Parolen wie "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus" oder "Türken raus - dies ist ein deutscher Platz". Als das nicht so recht wirkte, wurden Steine geworfen, die türkischen Jugendlichen flohen in eine nahegelegene Spielhalle.

Über das, was dann geschah, gehen die Darstellungen (insbesondere die der örtlichen Polizei) ein Stück auseinander. Ausführliche Gespräche von AFB-Mitgliedern mit vielen AnwohnerInnen ergaben aber ein relativ einheitliches Bild. Danach ist folgendes geschehen:

Die türkischen Jugendlichen fanden in kurzer Zeit Unterstützung und gingen in größerer Zahl zum Berliner Platz zurück. Nun bekamen - nach übereinstimmenden Aussagen - die Nazis ein wenig "aufs Maul". Inzwischen hatten AnwohnerInnen die Polizei benachrichtigt, die kurz danach erschien. Beim Erscheinen der Polizei waren die Auseinandersetzungen allerdings schon beendet, weil einige Pommesbudenbesitzer einschlichtend eingegriffen hatten. Riefling steigerte sich nun aber in seine erträumte "Führerrolle" hinein, gab den Polizisten Anweisungen, wie sie ihn und seine Kumpane zu schützen

hätten, die gerade "Opfer" von wildgewordenen "Türken" geworden seien. Die Polizei "spielte" offensichtlich gut mit, denn folgendes passierte nun: Die Polizei zog sich - scheinbar - zurück. Riefling lief daraufhin, ganz allein, in die Spielhalle, in der sich die türkischen Jugendlichen aufhielten. Ausgerüstet mit einem Sprechfunkgerät, provozierte er erneut die Jugendlichen so lange, bis man ihn hinausjagte. Genau in diesem Augenblick war die Polizei wieder zur Stelle und nahm - nicht etwa Riefling, den Provokateur, sondern - 5-6 türkische Jugendliche vorläufig fest und stellte deren Personalien

fest. Strafanzeigen gegen sie wurden gestellt (und keine gegen Riefling und seine Kameraden!).

Wie ging es weiter?

AFB-Mitglieder wurden von AntifaschistInnen aus Oer-Erkenschwick informiert und führen dort hin, zum einen, um die Vorfälle zu recherchieren,

zum anderen, um Gegenaktionen einzuleiten.

Diese liefen dann auch am nächsten Tag an: Ein Unterschriftenaktion wurde am Berliner Platz durchgeführt, in der die Rückname der Anzeigen gegen die türkischen Jugendlichen und die Bestrafung der FAP-Truppe verlangt wurden.

Zudem wurde ein Brief an die Recklinghäuser Polizeipräsidentin geschrieben, in dem eine genaue Untersuchung der Vorfälle gefordert wurde. Auch die örtliche Presse berichtete



DER POLIZEIPRÄSIDENT RECKLINGHAUSEN

Der Polizeipräsident Recklinghausen Postfach 101302 • 46130
46133 Recklinghausen

Antifaschistischer Bund (AFB)
c/o Antifa-Zentrum
Herner Str. 43

45657 Recklinghausen

Sachbearbeiter:
Durchwahl: 55-2200
Aktenzeichen: -S I - 157/6143-

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Recklinghausen, 8.06.1994

Sehr geehrte Damen und Herren,

die in Ihrem Schreiben vom 18.05.1994 gestellten detaillierten Fragen kann ich aus rechtlichen Gründen nicht beantworten. Hierfür bitte ich um Verständnis.

Ich kann Ihnen allerdings versichern, daß es die von Ihnen vermutete Kooperation von Polizeibeamten mit einer Gruppe "Neonazis" am 12.05.1994 in Oer-Erkenschwick nicht gegeben hat.

Mit freundlichen Grüßen

Stegelmeyer
(Stegelmeyer)

ausführlich über die gegenüber der Polizei erhobenen Vorwürfe. Diese Entwicklung war vermutlich von Riefing und seiner Truppe nicht vorausgesehen worden, vielmehr wollte er zwei Tage später, wohl ermutigt durch seinen - scheinbaren - Erfolg, das "Spiel" in größerem Kreis fortsetzen.

Am 14. Mai hatte er ca. 20-25 FAP-Leute mobilisiert, Unterstützung kam z.B. aus Hattingen und Dortmund. Erneut beschloß man, "Türken aufzumischen".

Vermutlich aufgeschreckt durch das Presse-Echo, hatte die Recklinghäuser Polizeipräsidentin offenkundig diesmal klare Anweisungen gegen den FAP-Aufmarsch erteilt. Die Mehrzahl der Nazis wurde vorläufig festgenommen, bei einigen wurden Gaspistolen und Baseballschläger beschlagnahmt.

Damit und mit nun gegen die Nazis ergehenden Anzeigen wäre das Spektakel im Grunde beendet gewesen - wenn nicht auf Initiative des örtlichen Polizeieinsatzleiters, Klaus Schlicht, und mit Hilfe eines türkischen

Lehrers, dem Ganzen noch ein groteskes Nachspiel beschert worden wäre, an dem sich dann auch noch der Erkenschwicker Bürgermeister Clemens Peick peinlicherweise beteiligte. Was passierte?

Schlicht und der türkische Lehrer machten sich auf den Weg zu Riefing, um "Frieden zu stiften". Der türkische Lehrer Hüseyin Süvari vermutlich nicht ganz so uneigennützig, immerhin war sein Sohn unter den türkischen Jugendlichen, gegen die die Polizei Anzeigen erstattet hatte.

Ein neues "Spiel" wurde aufgezogen: Riefing setzt sich mit seinen "Gegnern" an einen "Runden Tisch" und erklärt, in Zukunft "auf Gewalt zu verzichten". Die Polizei nimmt die Strafanzeigen zurück, und die "türkische Seite" lädt Riefing zum gemeinsamen Lamm-Essen ein. Das Ganze findet statt in der örtlichen Moschee.

Anschließend stellen sich die "Beteiligten" mit dem Erkenschwicker Bürgermeister zum Gruppenbild vor die Presse, die "Stimmbergzeitung" titelt: "Türken und FAP-Mitglieder reichen sich an der Moschee die Hände".

Na, denn Prost, können wir dazu nur sagen.

Was dann noch geschah? Nicht mehr viel.

Die Recklinghäuser Polizeipräsidentin versicherte dem AFB in einem Antwortschreiben, es habe keinerlei Zusammenarbeit zwischen Polizei und FAP gegeben.

Die FAP dagegen buchte das Ergebnis mit Sicherheit unter "Erfolge" ab, kurz danach war sie erneut als "demokratische Kraft" aktiv, um zu beweisen, daß ein Verbot gegen sie völlig unberechtigt sei (siehe Bericht über die Veranstaltung in Wanne-Eickel in dieser Ausgabe).

Wir sagen: Die FAP ist eine faschistische Partei und muß aufgelöst und verboten werden. Zum Schluß ein kurzer (und höchst unvollständiger) Überblick über FAP-Aktionen unter Führung Dieter Riefings:

9.11. 1987: Riefing versucht, in Recklinghausen ein bundesweites Skinheadtreffen zu organisieren - 1500 GegendemonstrantInnen verhindern dies.

29.10.1989: Riefing organisiert - mit dem Wissen des damaligen Recklinghäuser Polizeipräsidenten Wirsdorf, im Recklinghäuser Ratskeller einen "Landesparteitag NRW" der FAP und einen anschließenden "Marsch durch Recklinghausen"

1. Mai 1990: Riefing versucht, mit FAP-Aktivisten am 1. Mai in Recklinghausen und in Oer-Erkenschwick zu provozieren und Aufmärsche durchzuführen. Die auf dem Recklinghäuser Rathausplatz geplante Kundgebung wurde verboten.

Sommer 1991: Riefing terrorisiert mit einer FAP-Truppe eine Jugendgruppe im Erkenschwicker Sozialistischen Bildungszentrum (SBZ) - die Gruppe bricht das Wochenendseminar daraufhin ab.

26.6.1993: Riefing randaliert mit 14 FAP-Leuten nach der Niederlage der deutschen Fußballnationalmannschaft im Finale der Europameisterschaft in Dänemark. Unter "Sieg Heil"-Gegröhle wurde die Innenstadt terrorisiert - ein Reporter der "Stimmbergzeitung" wurde verprügelt.

Wie bemerkt: Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt, aber er wirft ein bezeichnendes Bild auf den demokratischen Bürgermeister einer Stadt, der sich für die verlogenen FAP-Shows zur Verfügung stellt.

Anzeige



CILA
CAFÉ IM LANGEN AUGUST



Mo-Fr 10-22 Uhr
So 10-19 Uhr

Braunschweiger Str. 22 / Nordmarkt
46 Dortmund 1 · Telefon 83 01 47

500 JAHRE KAMPF IN MEXIKO

(Teil III)

DIE HEUTIGE LAGE, BESONDERS IM BUN- DESSTAAT CHIAPAS

Der seit dem 01.12.1988 regierende Staats- und Regierungschef, Präsident Carlos Salinas de Gortari, ist selbstverständlich über die PRI ins Amt gehievt worden. Das lief bisher in aller Regel so ab, daß der "Tapado" (= verdeckter künftiger Präsident) erst kurz vor der Wahl durch den "Dedazo" (= Fingerzeig seines Amtsvorgängers) nominiert wurde, um so mögliche Überraschungen des Wahlkampfes möglichst im Keim zu ersticken. Folge davon war ein Antichambrieren um die Gunst der "Familien", die sich auf die Revolution beriefen, aber größtenteils längst mit den Reichen im Lande eng verwoben sind. Diesen war natürlich der am genehmsten, der vorher am wenigsten aufgefallen war. Der für diese Haltung typische Ausspruch eines Präsidentschaftskandidaten (Echeverría, der 1968 als Innenminister die Studenten hatte zusammenschießen lassen) ist unter Kritikern dieses korrupten Systems zu einem geflügelten Wort geworden: "Ich bin weder rechts noch links, sondern das gerade Gegenteil."

Der Volkswirtschaftler Salinas, der an der Harvard University seinen Abschluß erwarb und zu keiner der traditionell "revolutionären Familien" gehört, gilt als typischer Technokrat und hatte unter seinem Vorgänger, Miguel de la Madrid, die Funktion eines Planungsministers inne.

Insbesondere unter den Arbeitern war seine Nominierung umstritten, und bei den Wahlen zum Präsidenten erhielt er gerade mal 50,36 % der Stimmen (amtliches Wahlergebnis). Der "Dedazo" hatte also gerade noch einmal funktioniert.

Sein Gegenspieler bei der Wahl 1988 war Cuauhtemoc Cardenas, der zuvor den vergeblichen Versuch gemacht hatte, die PRI mit einer Corriente democratica (= demokratische Strömung) von innen heraus zu reformieren. Als dieses Unterfangen scheiterte, gründete er eine eigene Partei, die Partei der cardenistischen Front für nationale Rekonstruktion (PFCRN) und wählte als Parteifarben neben denen der mexikanischen Trikolore (Grün-Weiß-Rot) die Farben der Zapatisten (Rot-Schwarz), zugleich Farben der anarchistisch-sozialistischen Arbeiterbewegung aus der Revolutionszeit. Auch sein Name hatte für viele Mexikaner eine programmatische Bedeutung, denn der Vorname Cuauhtemoc erinnerte an den letzten Aztekenkaiser, der im Unterschied zu Moctezuma II. der Conquista massiven Widerstand entgegengesetzt hatte. Und sein Vater war der bisher populärste Präsident Mexikos seit Juarez. Im Wahlkampf schlug er auch deutlich antiimperialistische Töne an, die sich vor allem gegen die USA richteten. Er verwies darauf, wie weit sich die PRI von ihrer eigentlichen Programmatik entfernt hatte. Das von Cuauhtemoc

Cardenas aufgestellte linke Bündnis brachte die PRI an den Rand einer Wahlniederlage; im "Distrito federal" (Bezirk der Bundeshauptstadt Ciudad de Mexico) beispielsweise hatte der Herausforderer Cardenas doppelt so viele Stimmen wie Salinas erhalten. Nach der Wahl hatten zunächst beide Seiten ihren Kandidaten als Wahlsieger bezeichnet, und es gab erheblichen Aufruhr wegen des Vorwurfs des Wahlbetruges.

Der schließlich gewählte Präsident Salinas mußte also einiges bieten, um Anerkennung zu finden. Er ging zunächst energisch gegen einige Fälle von offenkundiger Korruption vor, wobei er selbst vor hohen Parteimitgliedern (wie etwa dem scheinbar allmächtigen Boß der Erdölarbeitergewerkschaft, Hernandez) nicht haltmachte. Er zog gegen bestochene Richter zu Felde und wandte sich gegen das Drogenkartell von Guadalajara sowie gegen Börsenmakler, die des Betrugs überführt wurden.

Die PRI, die bei den Wahlen von 1991 von den 300 Wahlkreisen 290 für sich gewann und von den durch Proporz gewählten 200 Abgeordneten weitere 30 bekam, sieht sich seither einem massiven Vorwurf des Wahlbetruges konfrontiert. Bei Wahlen in einigen Bundesstaaten 1992 erfuhr die PRI, die bis dahin dort regiert hat, gegenüber der PAN eine Niederlage. Auch bei diesen Wahlen wurde (und wird) ihr massiver

Wahlbetrug vorgeworfen, der Gouverneur des Bundesstaates Michoacan schied erst nach heftigen Protesten der Bevölkerung aus seinem Amt. Die Lage ist seither so gespannt, daß die Regierung Salinas sich im wesentlichen nur noch auf die mexikanische Bundesarmee stützen kann.

Die Regierung Salinas weiß natürlich seit langem, daß die Lage im ärmsten Bundesstaat Chiapas, wo ein Drittel aller

Haushalte keinen Strom und 40 % der Bevölkerung kein Trinkwasser haben und auch die Analphabetenrate nach wie vor sehr hoch ist, sehr gespannt ist. Heute sind über 70 % des lacandonischen Urwaldes, der noch vor wenigen Jahren große Teile Südmexikos bedeckt und das Land in einem ökologischen Gleichgewicht gehalten hatte, verschwunden. So hat die Regierung Salinas im Rahmen des Programa Nacional de Solidaridad (= Nationales Programm der Solidarität) in den letzten Jahren erhebliche Mittel (über 50 Millionen US-Dollar) zur Unterstützung in diesen Staat gepumpt, der zu 60 % von der Landwirtschaft lebt (im mexikanischen Durchschnitt sind es 22 %).

Dennoch sind diese Gelder (wenn sie nicht zudem noch in die falschen Taschen fließen) dort nur Tropfen auf die heißen, nach wie vor "sprechenden" Steine (Daten nach einem Artikel von Carlos Fuentes in der spanischen Zeitung "El Pais" vom 09.01.1994). Seit Einbeziehung Mexikos in die

nordamerikanische Freihandelszone nach Unterzeichnung des auf eine Initiative der kanadischen Regierung Mulroney zurückgehenden, von den USA beherrschten NAFTA (North American Free Trade Agreement = Nordamerikanisches Abkommen über Freien Handel) durch den Beitritt Mexikos (das den Vertrag am 12.08.1992 unterzeichnet hat) kommt Mexikos Umorientierung zum monetaristischen Norda-

den USA und Kanada freien Zutritt. Schwertransporte aus den USA nach Mexiko sollen künftig nicht mehr abgefangen werden können. Für einen Großteil der bisher staatlichen Unternehmen Mexikos soll der Kapitalüberfremdungsschutz fallen, ausgenommen davon wird jedoch (noch) die Erdölbranche.

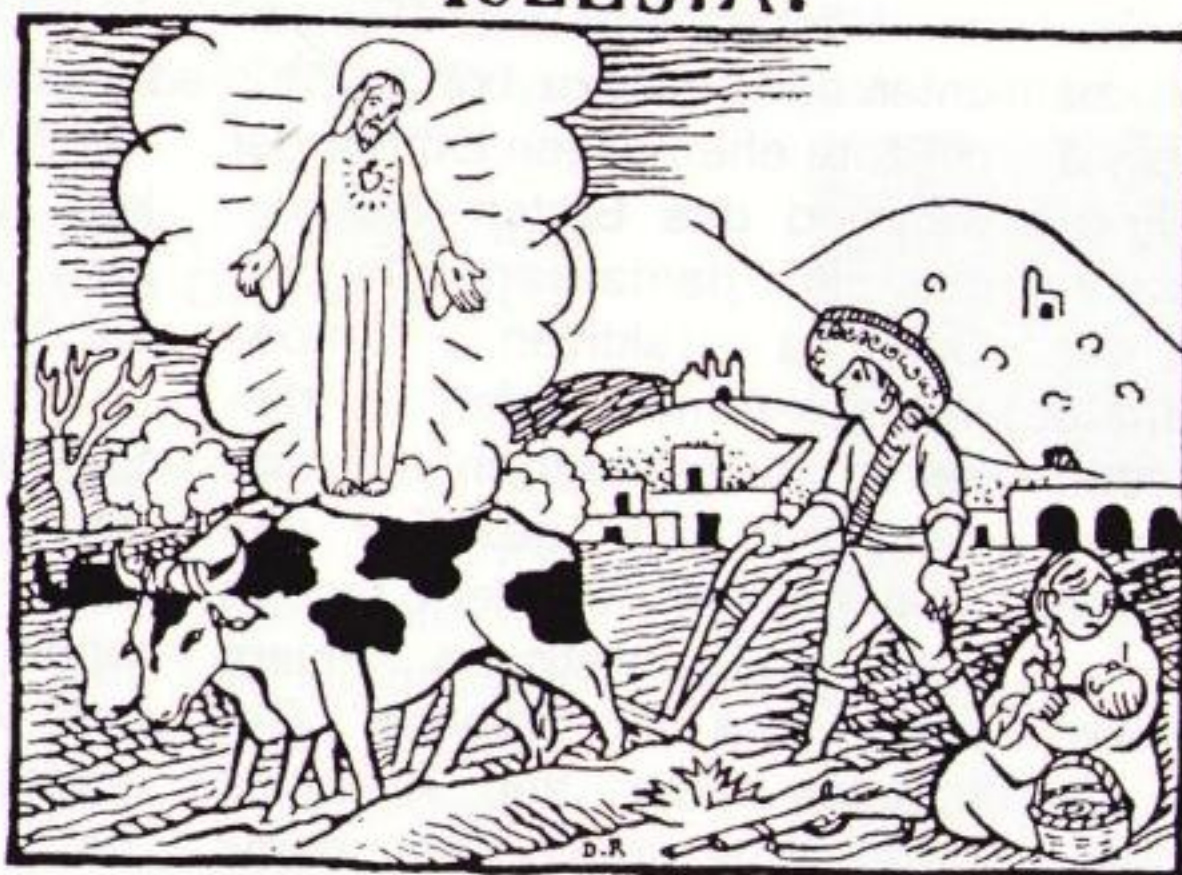
Erheblich in Mitleidenschaft gezogen sind schon vor dem für Mexiko vorgesehenen offiziellen Inkrafttreten des Abkommens ab dem 01.01.1994 in erster Linie die ärmsten Bevölkerungsschichten.

(In Kanada, wo über 54 % der Abstimmenden in einem Referendum über eine am 28.08.1992 vorgenommene entsprechende Verfassungsänderung ein Jahr danach mit "Nein" votieren - mit 72 % ist die Beteiligung für kanadische Verhältnisse hoch -, erfuhr die Regierungspartei bei den Wahlen von 1993 eine geradezu erdrutschartige Schlappe.)

Vor allem in der vom NAFTA stark betroffenen Region Chiapas (mit jährlich über 15.000 Todesopfern durch Gewalt und Hunger bei 3 Millionen Menschen insgesamt) macht sich, verstärkt noch seit

Beginn der Präsidentschaft von Bill Clinton, die Agrarindustrie zunehmend breit, an der auch deutsche Kolonisatoren beteiligt sind, die zwar während des Zweiten Weltkriegs enteignet wurden, aber Verwalter blieben und inzwischen meist längst wieder Eigentümer der großen Fincas (Landgüter) sind, auf

EL REPARTO DE TIERRAS A LOS POBRES NO SE OPONE A LAS ENSEÑANZAS DE NUESTRO SEÑOR JESUCRISTO Y DE LA SANTAMADRE IGLESIA.



EL PUEBLO MEXICANO PELEO Y SUFRIO DIEZ AÑOS QUERIENDO HALLAR LA PALABRA DE NUESTRO SEÑOR JESUCRISTO

Flugblatt des Muralisten Diego Rivera gegen die reformfeindliche Haltung der Kirche in der Frage der Landverteilung (aus: Tobler, Die mexikanische Revolution)

amerika hin sichtbar zum Ausdruck. Das Abkommen sieht die allmähliche Aufhebung aller Zollschränken vor und soll vor allem für US-dominierte "multinationale" Konzerne neue Gebiete für unbeschränkte Investitionen erschließen. Mexiko gewährt insbesondere der Telekommunikationsindustrie aus

denen heute mit hochmodernen Maschinen im Plantagenanbau vor allem Kaffee, Palmöl, Kakao, Edelhölzer, Zucker, Bananen und Baumwolle für den Export angebaut oder Rinder gezüchtet werden. Diese heute nicht einmal mehr formal staatlichen Latifundien haben mit ihrer Ausbreitung die auf Subsistenzwirtschaft für den eigenen Bedarf basierenden, vor allem Mais und Bohnen anbauenden bäuerlichen Kleinstbetriebe der von den Maya abstammenden Indigenas (= Einheimische) von den fruchtbaren Böden mehr und mehr in die steinigten Gebirgsgenden verdrängt, und die Bauern sehen sich um des nackten Überlebens willen gezwungen, sich fern von ihren Familien in weit entfernten Gebieten als Saisonarbeiter zu verdingen, Verhältnisse, wie sie beispielsweise von der Friedensnobelpreisträgerin von 1993, Rigoberta Menchu, für das benachbarte Guatemala plastisch beschrieben worden sind (vgl. ihre im Lamuv-Verlag erschienene Autobiographie "Die Klage der Erde").

Überhaupt geht die Sonderstellung des Staates Chiapas, der selbst um die Jahrhundertwende den meisten Mexikanern noch als "tierra incognita" (unbekanntes Territorium) galt, auf die Zeit zurück, als er dem spanischen Generalkapitanat Guatemala (und nicht dem Vizekönigtum Neuspanien) angehörte. In diesem Land an der Grenze zu Guatemala, das von der Diktatur des Porfirio Diaz der bereits in Guatemala aktiven Hamburger Plantagengesellschaft Nottebohm für einen symbolischen Preis überlassen worden war, gibt es bis heute in der Umgebung des Vulkans Tacaná große Kaffeeplantagen mit Namen wie Hamburgo, Bremen, Prusia, Nueva Alemania, Lubeca, Badenia. Deutsche Fincas nahmen eine unangefochtene Führungsposition in

der Weiterverarbeitung und Vermarktung des Kaffees ins Ausland ein. Auch in den Jahren der Revolution blieben sie wegen der Abgeschlossenheit des Landes (in das es kaum Zugänge von Mexiko aus gab) von deren Neuerungen weitgehend verschont und konnten ein Eigenleben entfalten, das im "Deutschen Club von Tapachula" seinen kulturellen Ausdruck fand, in dem sich national Gesinnte aller Couleur vom politkriminellen Flüchtling, der sich bei der paramilitärischen Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse zu deutlich hervorgetan hatte, über den begeisterten Ludendorff-Anhänger, der später einen Sender nebst Vielfältigungsgerät aufstellte, um Nachrichten vom "Führer" unter das Volk zu bringen, bis hin zum ehemaligen Offizier der während des Ersten Weltkrieges in damaligen Deutsch Ostafrika aktiven Lettow-Vorbeck-Armee trafen. In diesem "Kulturzentrum" wurde nicht nur Bier gesoffen und Skat gespielt, sondern fanden auch nationalistische Feiern statt, etwa zu "Führers" Geburtstag oder zur Annexion Österreichs durch das damit zum Großdeutschen Reich erklärte Nazideutschland. Daß der Rassismus auch hier "fröhliche Urständ feierte" und sich gegen die Indianer richtete, deren man sich zugleich als billiger Arbeitskräfte bediente, wie in Europa gegen Juden, Sinti und Roma, nimmt da kaum wunder. Das Clubgebäude ging 1938 in Flammen auf; die Ursache ist bis heute ein - offenbar wohlbehütetes - Geheimnis geblieben. Auch die heutigen Gutsbesitzer treiben zum benachbarten Guatemala hin intensive Geschäfte, insbesondere bei der Verfrachtung von Saisonarbeitern für ihre Plantagen. (Zu den Daten siehe auch "Chiapas. Mexico. Unterdrückung und Aufstand", Broschüre

hrsg. von Medico international.) All dies gedeiht prächtig in der NAFTA-Zone.

(Hilfsbereit, wie die US-Regierung nun einmal ist, hat sie.z.B. - sinnigerweise über Greenpeace - in einer von Indianern bewohnten Region außerhalb der USA die Akzeptanz zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle aus dem früheren Atomwaffenprogramm der USA eruieren lassen; nachdem sich deren "segensreiche" Wirkungen bei den Navajos und Pueblos in Nevada hinlänglich herumgesprochen hatten, bekam sie von einem Vertreter der Indianer eine glänzende Abfuhr: "Die Herren sind noch nicht einmal 500 Jahre im Lande und wollen schon unser Land auf 10.000 Jahre mit ihren Abfällen belasten." Die NAFTA-Zone gewährt mit dem Fall der Schranken für Schwertransporte einem "freien Handel" auch dieser Art Zutritt.)

ENDE TEIL III

Spenden für die medizinische Versorgung der Opfer des Massakers vom Januar können unter dem Stichwort "Chiapas" auf den von Medico international eingerichteten Spendenkonten 1800 (Frankfurter Sparkasse BLZ: 500 502 01 oder 69 99 - 508 (Postgiroamt Köln BLZ: 370 100 50) eingezahlt werden.

KD

Anzeige

Cafe Alibi

Kaiserwall 11a

45657 Recklinghausen

☎ 02361/ 27709

Mo.-Fr. ab 9.30 Uhr

Sa + So ab 18.00 Uhr

REISE NACH KURDISTAN ÜBER DIE TÜRKEI VOM 29. APRIL BIS 27. MAI 1994

- Bericht über Frauenprojekte in Dohuk, Amadia und Zakho -

Im Auftrag der Frauen- und Menschenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES sowie als Mitglied der Duisburger Initiative "Menschenrechte für Kurdistan/Hevra e.V." fuhr ich in der Zeit zwischen dem 29. April und 27. Mai über die Türkei nach Kurdistan. Zweck und Inhalt des vierwöchigen Aufenthalts waren u.a., Gespräche mit der Frauenkommission des "Menschenrechtsvereins (IHD) / Istanbul" zu führen hinsichtlich Planung und Durchführung der von TdF und dem IHD gemeinsam geplanten Delegation kurdischer Frauen aus der Türkei sowie Frauenprojekte in Südkurdistan aufzusuchen mit dem Ziel, Möglichkeiten und Formen der Unterstützung zu finden.

Die Ergebnisse meiner Untersuchungen über Projekte der (süd)kurdischen Frauenunion sind in folgendem Bericht zusammengefaßt.

Ein ausführlicher Reisebericht mit Berichten über den 1. Mai 1994 in Istanbul und Ankara, über die Auswirkungen des Tourismusboykotts an der türkischen Südküste, über die politische und militärische Situation in Südkurdistan (Irak) und über weitere mögliche Hilfsprojekte in Kurdistan erscheint in Kürze bei TdF als Broschüre größeren Umfangs.

Sozialzentren, Nähwerkstätten, Projekte der südkurdischen Frauenunion in Dohuk, Amadia und Zakho

In den größeren Städten Südkurdistans - in Dohuk, Zakho, Erbil und Süleymaniye - haben Frauen der (südkurdischen) Frauenunion, mit Unterstützung von deutschen und kurdischen Freundinnen im Ausland, verschiedene Projekte aufgebaut wie Nähwerkstätten, Teppichprojekte, Gesundheitsstationen und Sozialzentren. Die Zentrale von Dohuk, Zakho, Amadia sowie der umliegenden Gebiete liegt in Erbil/Hewler. In verschiedenen kleineren Städten arbeiten jedoch Abteilungen dieser Frauenprojekte, wie bspw. das Teppichprojekt in Sarsang. Im Grunde genommen sind auch die Frauenprojekte in Dohuk und Zakho schon als Sozialzentren zu bezeichnen. Die Frauenunion in Dohuk z.B. verfügt über ein großes Gebäude, in dem Veranstaltungen von Frauen stattfinden und ein Verkaufsprojekt und eine Nähwerkstatt untergebracht sind. In einem weiteren Gebäude befindet sich eine Schule, in der Mitfrauen der Frauenunion in den verschiedensten Fächern unterrichtet werden. Das größte Sozialzentrum, in dem es auch eine Gesundheitsabteilung und eine psychosoziale Beratungsstelle gibt, soll sich jedoch in Erbil befinden. Geschäftsführerin der Frauenunion von Erbil ist derzeit GÜLNEM MAHMUD. Aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzungen konnte ich jedoch nicht nach Erbil gelangen.



Süd-Kurdistan (Nordirak)

Die (süd)kurdische Frauenunion existiert seit 1952, eine Neukonstituierung fand im Februar 1992 statt. Viele Mitfrauen der Frauenunion wurden in der Vergangenheit vom Saddam-Hussein-Regime ermordet, u.a. die bekannte Freiheitskämpferin LEILA KASSIM und die Assyrierin MARGARET. Beide wurden Mitte der 70er Jahre gehenkt. Die Frauenunion ist parteiunabhängig, viele ihrer Mitfrauen sind jedoch zusätzlich KDP-Mitfrauen. Eine Parteimitgliedschaft ist jedoch keineswegs Bedingung für die Mitarbeit in den Frauenprojekten. In Zakho arbeiten z.B. viele Assyrierinnen in der Frauenunion mit. Die Frauenprojekte finanzieren sich über Mitgliedsbeiträge, den Erlös ihrer Arbeiten und durch Spenden aus dem Ausland.

Nach dem Ende des zweiten Golfkrieges und der Neukonstituierung der Frauenunion wurden nach und nach die Frauenprojekte aufgebaut. Anfang des Jahres 1993 wurden in Zakho Näh- und

Erste-Hilfe-Kurse durchgeführt, Erbil eröffnete sein Sozialzentrum im September 1993.

Sowohl im nördlichen Bereich Südkurdistans als auch in seinem südlichen Teil gibt es Frauenprojekte; in Barzanis Machtbereich nennen sie sich "Afratin", in den von Talabani kontrollierten Gebieten "Jinen". Beide Bezeichnungen bedeuten "Frauen". "Jinen" und "Afratin" arbeiten in manchen Regionen, wo es sich ergibt, zusammen.

Die Geschäftsführerin des Sozialzentrums und der Frauenunion von Dohuk ist SABRIA HAKARI. Sabria ist 45 Jahre alt, Mutter von 9 Kindern, von denen sich zwei Töchter im Ausland befinden. Ihre Familie gilt als "Sehit-Familie", als eine Märtyrerfamilie, denn der Ehemann und Vater der Kinder wurde Mitte der 70er Jahre vom Saddam-Hussein-Regime gehenkt. Einen Beruf erlernte Sabria nicht. Seitdem schlug sich die junge Witwe, die noch nicht einmal dreißig Jahre zählte, mit ihren Kindern durch, verteidigte das Haus gegen den Zugriff der Baath-Partei und ließ auch dann nicht locker, als es ihr enteignet wurde. Unter Mühen erkämpfte sie sich einen minimalen Besitzteil zurück. Die Familie galt vor dem Beginn der Anfal-Offensiven (1987/88) als reich, doch mit dem Beginn der militärischen Operationen und zusätzlich aufgrund des doppelten Embargos verkauften sie nach und nach ihre Wertgegenstände, um zu überleben. Seit dem Tod des Ehemanns galt Sabria als das einzige Oberhaupt der Familie. Mittlerweile ist ihr "Vollberuf" die Frauenpolitik, und der Aufbau des Sozialzentrums in Dohuk ist mit eines ihrer größten Verdienste. Zur Hausarbeit besitzt sie mittlerweile keine Zeit mehr, und zwei ihrer Töchter erledigen die wichtigsten anfallenden Arbeiten. Auch sie sind beide in der Frauenunion Mitfrauen. Eine von ihnen, die ältere, floh mit ihrem Ehemann gemeinsam aus Mossul in das Haus der Mutter. Der Ehemann besitzt zahlreiche Narben von den Einschüssen derer, die ihn ermorden wollten. Die Gewehre zum Schutz gegen feindliche Überfälle liegen noch heute wie selbstverständlich neben den Schlafplätzen.

In der Frauenunion von Dohuk gibt es 12 Nähmaschinen. Sie sind von der deutsch-kurdischen Fraueninitiative Ronahi/Bochum dorthin vermittelt worden. Doch genäht werden kann derzeit nicht, denn es fehlt an finanziellen Mitteln, Stoff und Garn zu kaufen. Einmal die Woche findet eine Frauenversammlung statt, an der Lehrerinnen, Sozialarbeiterinnen, eine Fernsehredakteurin des südkurdischen Rundfunks und Bäuerinnen aus der Umgebung teilnehmen. Doch unabhängig von der Frauenversammlung kommen sie fast - außer freitags - jeden Tag in das

Anzeige

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

berichtet

- * aus Kurdistan
- * über die Solidaritätsbewegung
- * von den Kurdenkongressen
- * Dokumente
- * u.v.a.

mindestens 8 Seiten

26mal im Jahr

Jahresabonnement 52,- DM

Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:

GNN-Verlag
Zülpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

Überweisungen an:

BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des Kurdistan-Rundbrief

.....
.....
.....

Ausschneiden u. schicken an:

GNN-Verlag,
Zülpicher Str.7,
5000 Köln 1

Frauenzentrum. Sie unterhalten sich über Gesundheit, Schwangerschaftsprobleme, Verhütung, Mehrehen.

Im Sozialzentrum von Dohuk ist auch eine Schule untergebracht. Die Lehrerin Henna hat von Unicef und der lokalen Hilfsorganisation K.R.O. Stühle, Bänke und Schreibmaterial organisiert. Unicef hat für die Frauenausbildung in Dohuk ein Budget von derzeit 8000 \$. Derzeit erlernen die Frauen täglich die lateinische Schrift, im Anschluß daran wird ein Englischkurs angeboten werden.

Ab und zu besuchen Frauen der Frauenunion die Armenvororte der Stadt und die Krankenhäuser. Unterstützung zu geben ist schwierig, das UN-Embargo und das zusätzliche des Saddam-Regimes bewirken nicht nur Geldknappheit, sondern Rohstoffmangel. Aufklären können die Frauen nur in Fragen von Hygiene und Kinder-versorgung; darin angeleitet werden sie von Unicef-Ärzten. Eine der Hauptschwierigkeiten stellt die Ernährungssituation dar. Milch gibt es kaum noch, und das Wasser ist nicht immer in Ordnung, obwohl es mittlerweile viele Wasserkontrollprojekte gibt. Jedoch gab es noch bis in die Zeiten des Golfkrieges hinein genügend Milch auf den Märkten. Kinder zu stillen galt als verpönt; der Markt schien gesättigt mit Fertigprodukten. Zusätzlich nahm man an, daß Stillen Schwangerschaften verhütet. Viele Kinder zu gebären war jedoch der Stolz vieler Frauen, der teils aus dem gesellschaftlichen Druck "geboren" wurde. Nunmehr stillen immer noch nicht alle Mütter ihre Kinder, obwohl der Preisanstieg und die Aufklärung sie dazu ermutigte. Heute verhindern zusätzliche Ernährungsmittel den Milchfluß der Mütter. Im Krankenhaus von Dohuk liegen unzählige abgemagerte Säuglinge, die intravenös ernährt werden. Zum größten Teil wurden sie durch das Wasser vergiftet, mit dem sie gefüttert wurden - blutiger Durchfall brachte die kleinen Leiber zum Austrocknen.

Am 12. Mai wurde in der Frauenunion Dohuks zusätzlich ein Geschäft eröffnet, in dem Frauen billiger als im Basar Kleidung und Spielzeug erwerben können. Die Einweihung der Verkaufsstelle fand im Gedenken an die Freiheitskämpferin Leila Kassim und die ermordete Journalistin Lissy Schmidt statt und erfolgte in Anwesenheit des örtlichen Regierungskomitees.

Vor ihrer Abfahrt nach Ankara versprach Sabria Hakari, der Duisburger Initiative HEVRA einen Projektbereich zur künftigen Kooperation zukommen zu lassen.

Die Frauenunion in **AMADIA** steht weitaus schlechter da als die Städte im Tal. Amadia liegt auf einem Felsenplateau hoch oben in den Bergen. Im Winter ist die kleine Stadt von der Au-



Kurdische Freiheitskämpferin

ßenwelt abgeschnitten, Hilfsgüter finden kaum einen Weg durch die zerklüftete Bergwelt. Die Geschäftsführerin der Frauenunion in Amadia heißt RAWANG TAYEEB ASAM. Gleichzeitig ist sie Rektorin der Mädchenrealschule im Ort. 155 Schülerinnen zählt ihre Schule. Ihr Ehemann leitet die Mittelschule für die 300 Jungen. Die Ehe der beiden ist kinderlos. "Das macht aber nichts", lächelt Rawang, "wenn man in der Ehe die gleichen Ziele besitzt". Beide leben im Haushalt der Familie, über Kindermangel kann man in Amadia nicht klagen. Zwischen 20 und 50 Frauen kommen regelmäßig zur Frauenunion, die ein kleines Gebäude neben einer Peshmerga-Einheit besitzt. Etwa 1100 Frauen gehören zum Einzugsgebiet von Amadia, die aufgrund der Weg- und Wetterverhältnisse aber nicht täglich den Weg dorthin schaffen. Platz zum Arbeiten und für Werkstätten gibt es reichlich, von einer großen Terrasse besitzt man einen weiten Blick ins Tal. Durch die Verteilung von Gütern gemäß der Größe der Städte gelangte Amadia nur in den Besitz von 3 Nähmaschinen; auch die Unterversorgung

der Schülerinnen und Schüler macht sich in dem Bergstädtchen bemerkbar, obwohl Unicef von Gleichverteilung spricht. Bis zur Sommerpause besitzen die über 450 Schülerinnen kein Schreibmaterial mehr, die Eltern sind arbeitslos und stark verarmt. Auch mit den verbliebenen drei Nähmaschinen kann die Frauenunion nicht viel anfangen; es fehlt an Geld, um den notwendigen Stoff im Basar von Dohuk zu kaufen. Weil derzeit die drei Nähmaschinen ungenutzt herumstehen, hat die kurdische Frauenunion den für die Nähwerkstatt vorgesehenen Raum als Schlafstelle für einige Peshmerga zur Verfügung gestellt. Zusätzlich fehlt es in dieser Stadt an den aller- notwendigsten medizinischen Hilfsmitteln: an Spritzen und Kanülen im Krankenhaus, an Medikamenten, an Elektrizität. Das wichtigste Untersuchungsinstrument, das der einzige Arzt im Ort besitzt, ist das Stethoskop und das Blutdruckmeßgerät.

Auch die Leiterin der Nähwerkstatt in **ZAKHO**, **ZAHRA HAJI TAHA**, ist Leiterin einer Mädchenschule. Ab und zu wird sie wegen ihrer Arbeit für die Frauenunion vom Dienst freigestellt, doch Zahra arbeitet von frühmorgens bis spät in die Nacht. Wenn sie von der Schule kommt, begibt sie sich sofort in die Nähwerkstatt, die in einem kleinen Gebäude der kurdischen Frauenunion neben dem Parteibüro Platz gefunden hat. Mit ihr gemeinsam arbeiten noch zahlreiche andere Frauen, u.a. **WAHIDA**, die Assyrierin ist. In Zakho gibt es - wie in Dohuk - zahlreiche christliche Ge-

meinden. Die Assyrier bilden keine Partei, sondern eher einen Verein. Ihr Vorsitzender heißt **BEYTIN NEHERIN**, und er arbeitet mit der KDP **Mesut Barzanis** zusammen, ist damit beteiligt an der Regierung. Zakho ist mit Nähmaschinen gut versorgt, und auch an Stoff scheint es derweil nicht zu mangeln. Ein hauptsächlicher Schwerpunkt der Frauenarbeit in Zakho liegt in der Anfertigung von Kleidung, die - günstiger als im Basar erhältlich - verkauft wird. daneben besuchen die Frauen Flüchtlings- und Armensiedlungen. Die Flüchtlingsfamilien sind, ähnlich wie in Dohuk, in ehemals staatlichen Gebäuden untergebracht worden.

Für die BesucherInnen der Stadt gibt es im Zentrum ein öffentliches Gästehaus, in dem gerade Besuch von drei Lehrerinnen aus Schweden weilt.

Zahra Haji Taha lebt den typischen harten Alltag einer kurdischen Frau. Nach ihrer Arbeit in der Nähwerksstatt kehrt sie nach Hause zurück und versorgt die Familie. Die vierköpfige Familie lebt gemeinsam in einem Raum. Zahra besorgt die Mahlzeiten, kümmert sich um die kleinen Kinder, schreckt nachts hoch, um den Kleinsten mit Nahrung zu versorgen und anschließend wieder in den Schlaf zu wiegen. Am nächsten Morgen richtet sie das Frühstück, wickelt den Jüngsten und geht dann zur Arbeit. Der Arbeitstag einer kurdischen Frau beginnt von neuem.

Thea A. Struchtemeier, TdF

Anzeige

Spirit of **RESISTANCE**

— Halbjährliche Irland-Zeitung —

Informationen und Diskussionen aus der
irisch-republikanischen Bewegung:
Interviews, Hintergründe, Gefangene,
Frauenkampf

Erstausgabe erscheint ab Juli

Einzelheft nur gegen Vorkasse (bar oder Briefmarken):
DM 4 + DM 3 Porto. Ab 5 Exemplare: DM 3 pro Ex. + DM 5
Porto.

Kontakt - und Bestelladresse:
Irland - Gruppe, c/o Infoladen "Anschlag", Heeperstr. 132,
33607 Bielefeld

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom/von der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/ 26345
Redaktionsanschrift:
Antifa-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/21686
Redaktionssitzung
Donnerstag, 19.- 20.00 Uhr.
AbonnentInnen- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Kto.-Nr.: 334 01 027
Stichwort: AntifaZ
Sparkasse Bochum
Auflage: 1000
Druck: LUPEN
DUISBURG

OFFSETDRUCK

Machen Sie KEINEN URLAUB im Spezialkriegsland Türkei

Sommerzeit - Urlaubszeit: Jede(r) will möglichst weit wegfahren - vor allem in den Süden, z.B. ans Mittelmeer. Jugoslawien - sonnig und billig - entfällt seit einigen Jahren als Reiseziel. Dort wird zu viel geschossen - nicht zuletzt aufgrund und im Interesse deutscher Politik, die mit diplomatischer und wirtschaftlicher Einflußnahme die Spaltung und Aufhetzung der verschiedenen Bevölkerungsteile vorantrieb.

Die ebenfalls billige Türkei dagegen wird als deutsches Urlaubsland immer beliebter. 6,5 Millionen Touristen kamen 1993 in die Türkei.

Aber in der Türkei herrscht ebenfalls Krieg!

Und auch dort ist die BRD treibende Kraft, um mit Diplomatie, Wirtschafts- und Militärhilfe den Krieg anzuheizen.

Die türkische Armee führt mit deutschen Waffen einen Spezialkrieg gegen die kurdische Bevölkerung in den östlichen Provinzen, über die seit Jahren der Ausnahmezustand verhängt ist.

DER SPEZIALKRIEG

Spezialkrieg - das sind z.B. speziell ausgebildete Konterguerilla-Kommandos, die unliebsame Zivilpersonen ermorden: Journalisten, Mitglieder des Menschenrechtsvereins, aber auch Händler, Taxifahrer, selbst Schüler.

Spezialkrieg ist der unerklärte Krieg der 550.000 (von einer Armee mit 800.000) in Kurdistan eingesetzten türkischen Soldaten (mehr als die gesamte Bundeswehr!). Mit Panzern, Luftwaffe und schwerem Geschütz gehen sie in Kurdistan gleichermaßen gegen die Zivilbevölkerung wie gegen die vom kurdischen Volk unterstützten kurdischen Befreiungskämpfer vor.

Die Massaker sind auch nach dem letzten Regierungswechsel nicht beendet worden. Die angebliche Demokratisierung bleibt Augenwischerei. Das Militär hat weiterhin das Sagen und macht Politik mit seinen ureigensten Mitteln.

Die kläglichen Rechtfertigungsversuche der Politiker, es gehe ja nur gegen Terroristen, sind längst widerlegt: Die kurdische Befreiungsarmee wird vom Volk unterstützt. Die Familien schicken ihre Söhne und Töchter zu ihr in die Berge, weil sie nur so die Möglichkeit sehen, den Massakern zu widerstehen und eine Zukunft zu erkämpfen. Wer Terror gegen das kurdische Volk verübt, das ist die türkische Armee!

INTERESSEN DES DEUTSCHEN STAATES

Und sie tut das auch im Interesse der BRD-Regierung. Die BRD will im Mittleren Osten kein unabhängiges und selbstbestimmtes Kurdistan. Der Mittlere Osten soll Aufmarsch- und Einflußgebiet des Imperialismus bleiben. Möglichst unbeschränkte Kontrolle über möglichst viele Einflußgebiete im

Osten ist erklärtes Ziel der BRD.

Für die BRD übernimmt die Türkei die Statthalterrolle bei der Vereinnahmung der angrenzenden GUS-Republiken. Deshalb wird das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes, das sich nicht für solche Interessen einspannen lassen will, nicht anerkannt. "Selbstbestimmung" deklariert die BRD nur, wenn es dem großdeutschen Einflußgebiet dient (Wolgadeutsche, Schlesier) oder Länder zersplittert, die dann auf dem Weg nach Osten leichter unter Kontrolle zu bringen sind (Kroatien, Slowenien).

WOZU DER TOURISMUS "GUT" IST

In den türkischen Tourismusgebieten am Mittelmeer bekommen die Urlauber diesen Krieg vielleicht nicht zu sehen oder zu spüren. Aber bevor Sie eine Türkeireise buchen, sollten Sie sich klarmachen, daß die Organisation der kurdischen Bevölkerung, die ERNK, Sie auffordert, dies zu unterlassen. Denn:

- Die Deviseneinnahmen aus dem Tourismus finden Verwendung bei der Finanzierung des Spezialkrieges und der Massaker. Die Tourismuseinnahmen steigerten sich von 1,5 Milliarden US-Dollar (1987) auf je 3,6 Milliarden US-Dollar (1990/1992).

- Von 1985 bis 1991 lieferte die BRD an die türkische Regierung Waffen im Werte von 3,6 Milliarden Mark im Rahmen der "Rüstungs-sonderhilfe", die der türkischen Regierung seit dem Militärputsch von 1980 gewährt wird (Frankfurter Rundschau, 1.2.94). Weiterhin unterstützt das Bonner Außenministerium die türkische Regierung jährlich mit 86,6 Millionen Mark, die als NATO-"Verteidigungshilfe" deklariert werden (Frankfurter Rundschau, 1.2.94). Ohne diese wäre der Krieg gegen die Kurden unmöglich. Schon Ende 1991 wurden der Türkei Bestände aus der NVA (= Nationale Volksarmee der ehemaligen DDR) von der BRD geschenkt: unter anderem

- 5000 Panzerfäuste RPG67
- 256.125 Maschinenpistolen
- 300 Schützenpanzer
- 479.000.000 Schuß Munition.

Und diese Waffen wurden am Newroz-Feiertag im März 1992 von der Armee gegen kurdische Frauen, Männer und Kinder eingesetzt und hinterließen 110 Tote.

Nachdem die Bilder des Einsatzes deutscher Panzer und Gewehre bei den dortigen Massakern über die Bildschirme flimmerten, mußte die BRD einen Waffenlieferungsstopp verhängen - der empörten Öffentlichkeit zuliebe. Kaum war in den Medien wieder Schweigen eingekehrt, wurde dieser Stopp aufgehoben: Nicht einmal drei Monate dauerten die moralischen Bedenken.

Nicht anders ist die Situation heute: Auch beim diesjährigen Newroz-Fest wurden deutsche Waffen gegen die Kurden eingesetzt. Die Verlautbarung des hiesigen Auswärtigen Amtes, daß von der BRD gelieferte Waffen nicht gegen die Kurden eingesetzt werden dürfen, ist Augenwischerei. Niemand kann das kontrollieren, und zwei Drittel der türkischen Armee sind in Kurdistan eingesetzt, auch wenn das Auswärtige Amt das nicht wahrnehmen (bzw. zugeben) will.

Solange die BRD-Regierung solcherart als Kriegspartei auftritt, ist Gastfreundschaft für uns Deutsche, in deren Namen dies gemacht wird, schwerlich zu erwarten.

- Die BRD hat bestimmenden wirtschaftlichen Einfluß in der Türkei: als Haupthandelspartner bei Import und Export, als ausländischer Investor mit über 300 Firmengründungen in der Türkei, als Gläubiger und Kreditgeber.

Die BRD-Banken waren 1980 maßgeblich an den mit dem Militärputsch verbundenen Umschuldungsverhandlungen der Türkei beteiligt, die zu Auflagen wie Lohnsenkung, Streikverbot und auch Tourismusförderung zwecks Deviseneinnahmen führten.

Die BRD verdient also in und an der Türkei prächtig. Aber bei der dortigen Bevölkerung in den Elendsvierteln - mit Löhnen, die nicht zum Leben reichen, mit Streikverboten belegt, mit einer Inflation von jährlich beinahe 70 % - ruft diese Art "deutsch-türkischer Freundschaft" keine freundschaftlichen Gefühle hervor.

Anzeige

BUCHLADEN

TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

Anzeige

Neoliberalismus

am Beispiel Chile

Analysen und Interviews
mit revolutionären Linken
in Chile

- das neoliberale Modell und sein Preis
- die Entwicklung der chilenischen Linken
- "Innere Sicherheit" und Repression

Brosch. der Chile AG Braunschweig
Anschrift: Chile AG BS
c/o Guten Morgen Buchladen
Bültenweg 87 38106 Braunschweig
Preis: 3,- DM plus Porto

TOURISMUS IM IMPERIALISTISCHEN KALKÜL

Die Tourismusförderung - offiziell hier vom türkischen Generalkonsulat betrieben - ist eine Auflage der Weltbank an die Türkei, um weitere Kredite zu erhalten. Tourismus bringt Devisen; eine Entwicklung des Landes bringt er nicht.

Die ausländischen Tourismuskonzerne bekommen gemäß einem extra für sie erlassenen Gesetz billigstes öffentliches Bauland zugeteilt, ferner Prämienvzahlungen, Zollfreistellungen, Importerleichterungen, Fremdwährungskontingente.

Sie dürfen Eigenkapitalanteile und Gewinne in eigener Währung ins Ursprungsland überweisen.

Die Mehrzahl der Beschäftigten im Fremdenverkehr dagegen verdient minimale Löhne. Ein Lohn in der Türkei reicht meist nicht zur Existenz; die Kinder arbeiten mit, und die Erwachsenen müssen mehrere Jobs annehmen.

Für die Tourismuskonzerne ist das Türkeigeschäft also ein goldener Boden. Wenige große BRD-Konzerne beherrschen das Tourismusgeschäft:

- TUI (Touropa, TransEuropa, Dr. Tigges, Twen Tours, HIT)

- ITS (Kaufhofreisen, Hertie-Reisen, Glücks-Reisen, Prima-Reisen, ADAC-Flugreisen)

- NUR (Neckermann, GUT, Terramar, Club Aldiane, Club 28).

Diese wiederum gehören über Verflechtungen und Beteiligungen (z.B. über Kaufhausketten) hauptsächlich den Banken.

GROSSVERDIENER: DIE BANKEN

Die deutschen Banken - als Gläubiger, Kreditgeber, Investoren und über Industriebeteiligungen bestimmend für die türkische Politik - sind also nicht

nur Profiteure an den Waffengeschäften mit der Türkei, sondern auch am Tourismus.

Die deutschen Banken und Konzerne mit ihrer bestimmten wirtschaftlichen und damit politischen Funktion sowohl in der Türkei als auch hier sind die eigentlichen Adressaten der Forderung nach Beendigung der Unterdrückung und Ausbeutung sowie des Spezialkrieges.

"LAND UND LEUTE?"

Die türkische Bevölkerung dagegen hat unsere größte Achtung. Von den türkischen Arbeitern, die trotz Streik- und 1.-Mai-Verbots die Arbeit niederlegen und trotz Militäreinsatzes gegen die Regierung marschieren (wie die Bergarbeiter aus Zonguldak), können wir nur lernen.

Die Arbeiter brauchen unsere Solidarität, ebenso wie die Oppositionellen in den Großstädten, über denen die Gefahr schwebt, bei der nächsten Razzia in ihrer Wohnung oder am Arbeitsplatz von Polizei oder Militär erschossen zu werden.

Völkerverständigung und internationale Solidarität - auch über Reisen - ist eine gute Sache, aber nicht, solange Türkeireisen der Legitimation eines von faschistischen Militärs bestimmten Regimes und dessen Politik von Spezialkrieg, Massakern, Folter und Entrechtung dient.

Land und Leute können wir hier und heute am besten kennenlernen, wenn wir uns solidarisch mit den Tausenden unserer türkischen und kurdischen Kolleginnen und Kollegen, Nachbarinnen und Nachbarn zusammentun.

Unter dem Diktat vor allem der deutschen Banken mußten sie wegen der wirtschaftlichen Ausblutung ihres Landes ihre

Arbeitskraft hier in der BRD verkaufen oder vor Folter und mit deutschen Waffen hochgerüsteten Putschgenerälen fliehen. Von hier geht die Unterdrückung aus, hier müssen wir uns dagegen wehren.

Ein Text des Kurdistan-Informationsbüros Köln, der an einigen Stellen leicht aktualisiert wurde. Mit leichten sprachlichen Veränderungen übernommen aus der Zeitschrift "Ein Loch in der Zensur", Nr. 43, Mai 1994 (Anschrift: Ein Loch in der Zensur, c/o Allgemeiner Studentenausschuß der Fachhochschule Aachen, Goethestraße 3, 52064 Aachen).

Anzeige

TERRE DES FEMMES

... Frauen werden überall auf der Welt in ihren Menschenrechten verletzt.

um ... ihre Freiheit durch Vorurteile, Tabus, Schleier, guten Sitten

um ... Entwicklung durch Beteiligung in Ausbildung und Beruf

um ... Individualität durch Eingriff zur Unmündigkeit, Verwertung

um ... körperliche Integrität, Verstümmelung, Geschlechtsorgane

um ... durch die Massenmedien, die durch ihre Mitgliedschaft, durch die ...

... 15.10.60 - 204 ...

... treuerlich ...

... tionen bei ...



TERRE DES FEMMES e.V.
 Menschenrechte für die Frau
 Postfach 2531, 72071 Tübingen
 Tel.: 07071/24289

Kontaktadresse:

Terre des Femmes e.V.
Menschenrechte für die Frau
Postfach 2531, Tübingen
Tel.: 07071/24289

GEWERKSCHAFTER FORDERN FREIHEIT FÜR MÜNIR CEYLAN

Zu einer eindrucksvollen Solidaritätsveranstaltung versammelten sich am 3.6.94 im Krautscheidthaus in Dortmund rund 150 türkische, kurdische und deutsche Gewerkschafter. Sie protestierten gegen die Inhaftierung von Münir Ceylan, dem Vorsitzenden der türkischen Erdöl- und Chemiearbeitergewerkschaft, Petrol Is.

Münir Ceylan war vor einem Jahr vom Staatssicherheitsgericht (DGM) Istanbul zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt und am 1.6.94 inhaftiert worden. Verbunden damit ist ein lebenslanges Funktionsverbot. Inzwischen wurde Münir Ceylan unter der Drohung, andernfalls die gesamte Gewerkschaft zu verbieten, zum Rücktritt gezwungen.

Die Gewerkschaft Petrol-Is und Münir Ceylan sind Vorkämpfer für die türkisch-kurdische Arbeitereinheit. Verurteilt worden war Münir Ceylan wegen eines 1991 in der damals noch existierenden Zeitung **YENİ ÜLKE** erschienenen Artikels, in dem er sich gegen die Morde, Folterungen und andere Menschenrechtsverletzungen durch staatliche und halbstaatliche Organe wandte. Er zeigte auf, daß sich dies gegen die Kurden und ebenso gegen die türkische Arbeiterschaft und Bevölkerung richtet und deshalb gemeinsam bekämpft werden muß. Dies wurde vom Gericht als "Aufwiegelung zu Feindseligkeit und Haß" verurteilt. Dabei tut der türkische Staat alles, um Feindseligkeit und Haß zwischen Türken und Kurden zu schüren, um so den Aufschwung der Arbeiterbewegung besser unterdrücken zu können.

Diesen Aufschwung zeigten beeindruckende Amateurfilmaufnahmen von Arbeiterversammlungen und Demonstrationen aus Istanbul, Zonguldak, Izmir und anderen Städten.

Massenhaft lehnen Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte staatstragende Gewerkschaftsfunktionäre ab und unterstützen kämpferische Gewerkschaftsvertreter und Forderungen. Mit der Inhaftierung von Münir Ceylan verschärfte die Ciller-Regierung ihren Staatsterror gegen diese anwachsende



Münir Ceylan

kämpferische Arbeiteropposition für "Arbeit, Brot und Freiheit" (Is, Ekmek, Özgürlük).

An Hand beispielsweise der Filmaufnahmen vom 1. Mai 1977 auf dem Taksimplatz in Istanbul war klar zu erkennen, daß nicht "linke Sektierer" damals auf die Arbeiter geschossen hatten, wie es auch hier als Gerücht verbreitet worden war, sondern von den Dächern herab Staatssicherheitskräfte, teilweise in Uniform. Damals waren über 30

Arbeiterinnen und Arbeiter erschossen worden. Auch weitere Filmausschnitte über 1.-Mai-Veranstaltungen bis heute belegen das, darunter Aufnahmen, die zeigen, wie vor fünf Jahren ein Polizist gezielt dem 18jährigen Arbeiter Mehmet Dalcin in den Kopf schoß und wie seine Kollegen, statt den ärztlichen Notdienst an den Schwerverletzten heranzulassen, diesen wie einen nassen Sack in ein Polizeifahrzeug warfen, wo er dann starb. Der türkische Staat hat Mörder wie diese praktisch nie bestraft, sondern häufig sogar noch in der Karriereleiter klettern lassen. Der im Film zu sehende Todesschütze in Uniform wurde aber später von anderer Seite zur Rechenschaft gezogen. Bei Aufnahmen etwa vom 1. Mai dieses Jahres konnte man sehen, wie die Polizei gezielt einen ihr mißliebigen Parlamentarier, der zum linken Flügel der in der Regierung vertretenen Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) gehört, und dessen Nichte zusammendrosch. Eindrucksstark waren auch die Bilder des Marsches der Bergarbeiter mitsamt ihren Familien aus Zonguldak 1991, die sich damals auf den Weg nach Ankara begeben hatten, um von der Regierung Özal wenigstens die minimalsten Sicherheitsvorkehrungen gegen Methangasexplosionen in den modernsten Zechen der Türkei zu fordern. Die Türkei war damals auf Seiten der USA und ihrer Alliierten für deren "neue

Weltordnung" in den Golfkrieg gegen den Irak getreten und drohte, diesen Demonstrationenzug mit Militär zu stoppen. Zuvor jedoch war er bereits von staatstragenden Gewerkschaftsfunktionären systematisch abgewiegelt worden. Nicht einmal ein halbes Jahr später erlebte Zonguldak das bis dahin verheerendste Grubenunglück seit Bestehen der Türkei mit Hunderten von Toten. Es war eine Methangasexplosion. Und die Regierung in Ankara trug angesichts ihres Versäumnisses dafür die direkte Verantwortung. In einem längeren Filmausschnitt kam auch Münir Ceylan selbst zu Wort, so daß die Anwesenden einen lebhaften Eindruck von dem gewinnen konnten, wer er ist und wofür er steht. (Der deutsche Text zu dem Film war kurzfristig von Mitgliedern des Demokratischen Arbeiter- und Jugendvereins Dortmund e.V. erstellt worden. Der bei dieser Veranstaltung erstmals aufgeführte Film soll nach Behebung einiger durch die kurze Zeit der Herstellung bedingter Mängel zu einem Lehrfilm für gewerkschaftliche Schulungsarbeit und auch für den Schulunterricht werden.)

Der Dortmunder DGB-Vorsitzende Eberhard Weber, Schirmherr der Veranstaltung, forderte internationale Solidarität im Kampf um Gewerkschaftsrechte.

Werner Pfennig vom Vorstand der IG Medien stellte die Ermordung kritischer Journalisten, Verbote fortschrittlicher Zeitungen und die Verurteilung und Betätigungsverbote gegen kämpferische Gewerkschafter wie **Münir Ceylan** in einen Zusammenhang: Alle sollen mundtot gemacht werden. Denn würde über den schmutzigen Krieg und den Staatsterror offener berichtet, dann würde der Druck auf die Regierung stärker. Pfennig forderte

Freiheit für Münir Ceylan und Aufhebung des Funktionsverbots. Gegen die im Film aufgezeigte Praxis der "neuen Weltordnung" sagte er unter starkem Beifall der Anwesenden (sinngemäß): "Um es mit den Worten des türkischen Dichters Nazim Hikmet zu sagen: Wir wollen keine neue Weltordnung, wir wollen eine neue Welt."

Holger Brecht von **amnesty international** prangerte den Staatsterror der türkischen Regierung und die deutsche Bewaffnung und Ausbildung des dortigen Gewaltapparates an und forderte einen Abschiebestopp für Asylsuchende aus der Türkei. Gerd Pfisterer vom Koordinationsausschuß "Arbeitsplätze für Millionen" erklärte, daß die Arbeiter in der Türkei durch das Krisenprogramm der Ciller-Regierung zur Unterordnung unter das Diktat des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und des multinationalen Kapitals gezwungen werden sollen. "Ihr Kampf und unser Kampf haben denselben Gegner und müssen international geführt werden."

Mehmet Calli, Bundesvorsitzender der Föderation demokratischer Arbeitervereine (DIDF), und **Selahattin Yıldırım**, Sprecher des "Kampfkomi-

tees für die Einheit der Arbeiter" (IBIMK), das die Kampagne "Solidarität für Münir Ceylan" hauptsächlich organisiert hatte, betonten, daß der Internationalismus der Arbeitenden und aller fortschrittlichen Menschen als einzige Alternative zum reaktionären und spalterischen Nationalismus durch diese Veranstaltung bestärkt wurde und auf eine breitere Basis gestellt werden muß.

Verlesen wurde auch eine Grußbotschaft der Internationalen Organisation für Arbeit (ILO) mit Sitz in Genf.

Zur Stärkung der internationalen Solidarität trug auch das Kulturprogramm bei. "Wir sind Kinder einer Erde", sang ein Dortmunder Kinderchor, und die französische Sängerin Aline Barthelemy begeisterte mit internationalen Songs, Friedens- und Arbeiterliedern auf okzitanisch, türkisch, kurdisch, deutsch, französisch, spanisch, ketschuanisch, englisch. Mit einer einstimmig verabschiedeten Resolution bekräftigte die Versammlung ihre Forderungen.

(Text erstmals als Arbeiterkorrespondenz erschienen in der Roten Fahne 23/94 der MLPD, in der obigen Fassung ergänzt von KD)

Anzeige

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
 Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
 Karl-Hermann-Str. 14
 45701 Herten
 Telefon 0 23 46 4 39 65

Heizungsanlagen
 Sanitärinstallationen
 Elektroinstallationen

Solaranlagen
 Regenwassernutzung
 Brennwertkessel

AUS EINER REDE VON MÜNIR CEYLAN

GEHALTEN 1993 ANLÄSSLICH DES BESUCHES TÜRKISCHER GEWERKSCHAFTERINNEN UND GEWERKSCHAFTER IN DEUTSCHLAND

Wir, die Arbeiterklasse, haben eine Reihe von Problemen zu bewältigen, die ihre Ursachen in den Widersprüchen der Gesellschaftsordnung der Türkei haben, in dieser Ordnung selbst, in ihrer internationalen Verknüpfung und in dem Ausmaß der internationalen Abhängigkeit unserer Ordnung und darin, daß sie vor den imperialistischen Machtzentren kapituliert hat. Um diese Probleme zu lösen, werden wir die Rechnungen, die von jetzt an auf uns, als Personen oder Organisationen, zukommen, begleichen, ohne dabei einer sozialen Schicht Zugeständnisse zu machen oder uns auf abenteuerliche Gedanken einzulassen; da rein legen wir unsere Ehre.

Im Zentrum der drängendsten Probleme von Millionen und Abermillionen von Menschen überall auf der Welt steht der vorherrschende Gedanke der neuen Weltordnung. Das trifft auch für die Türkei zu. Deshalb müssen die Menschen, die im Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie stehen und den Klassenkampf führen, aus der Verantwortung, die ihnen aus der Geschichte erwachsen ist, ihre Haltung, in der sie den antiimperialistischen Kampf geführt haben, heute gegen die neue Weltordnung richten, diese Haltung vertiefen und verbreitern.

Mit Sicherheit können die Probleme, die die Arbeiterklasse vor sich hat, nur durch einen solchen Kampf gelöst werden; das ist die Überzeugung, die auch von Mitgliedern des

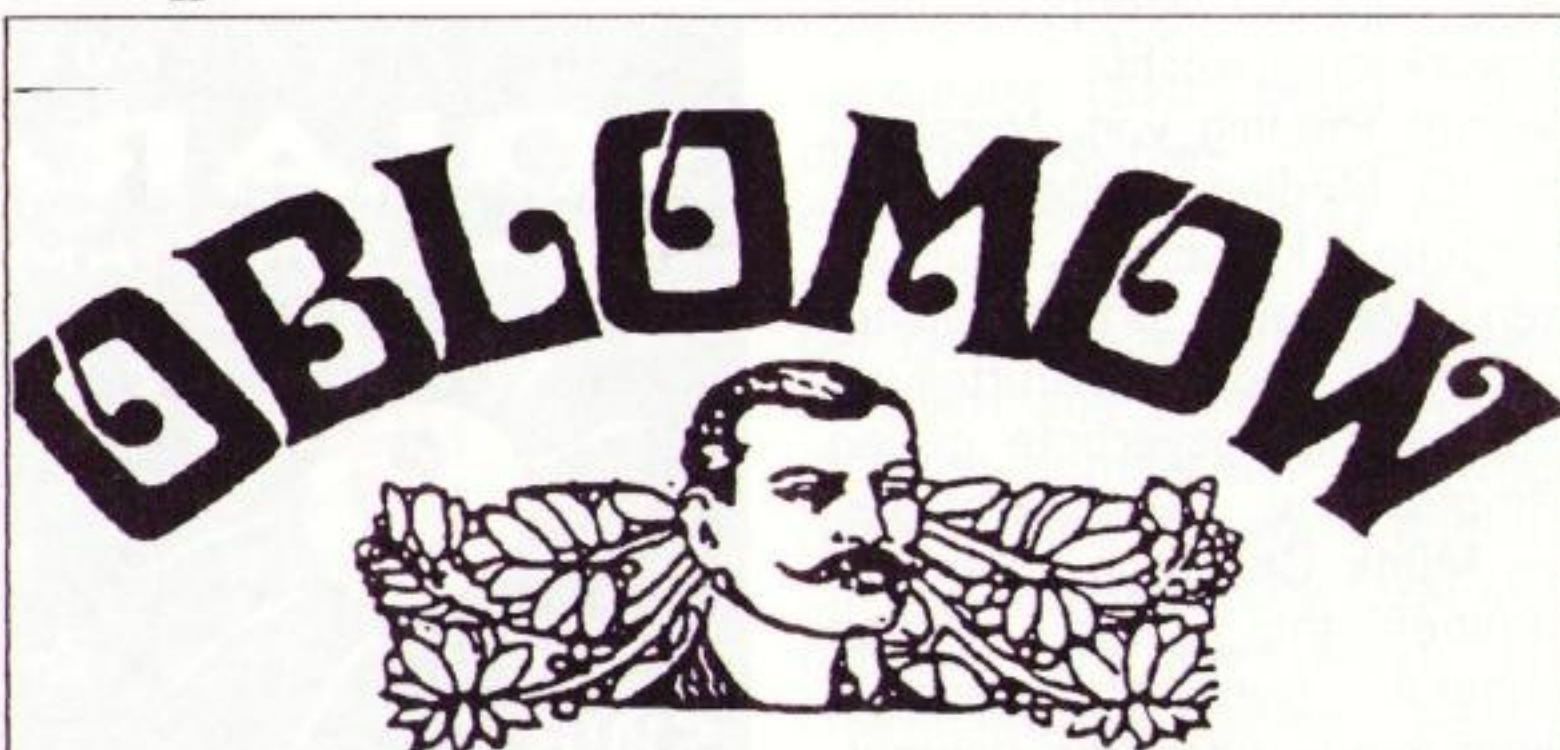
Vorstandes des gewerkschaftlichen Dachverbandes Türk-İs vertreten wird. Daran festzuhalten, ist nicht nur eine Ehrensache, sondern eine Sache der Arbeiterschaft, ja eine Sache der Menschheit. In der Türkei ist das Recht außer Kraft gesetzt. So werden z.B. Menschen, ohne daß sie vor Gericht gestellt worden wären, auf offener Straße erschossen, und das mit Billigung der Regierung. Seit 13 Jahren wird ununterbrochen gefoltert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man von den sogenannten Antiterrorgesetzen, den Staatssicherheitsgerichten usw. als legalen Stützen des Rechtsstaates redet, so ist das, rechtlich betrachtet, ein Widerspruch in sich selbst. Es ist eine Mißachtung von Recht und Gesetz.

Wenn ein Staat Gesetze und gerichtliche Instanzen hat, müssen diese auch funktionieren. Das aber ist hier nicht so. Vor

allem nicht gegenüber dem kurdischen Volk. Tag für Tag werden hier Menschen auf den Straßen umgebracht oder irgendwann mitten in der Nacht aus ihren Wohnungen geholt und in die Berge oder in ein Flußtal verschleppt und getötet. Die Aktivitäten der Konterguerilla haben derart überhand genommen, daß auf einer Versammlung, bei der ich mich anlässlich der Tarifverhandlungen in Batman unter Tausenden von Arbeitern befand, diese mir gesagt haben: "Kollege Vorsitzender, wir erwarten von den Verhandlungen unserer Gewerkschaft nicht die paar Lira mehr, die wir vielleicht bekommen, wir verlangen ein Recht auf Leben."

Wir wissen, daß mit jedermann demokratisch und ohne Angst reden zu können und dabei seine eigene Sprache sprechen zu dürfen, ein Menschenrecht ist. Diese Überzeugung werden wir

Anzeige



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TÄGLICH GEOFFNET AB 18.00 UHR

uns nicht ausreden lassen. Das will ich hier noch mal in aller Deutlichkeit sagen. Gesetzliche Einschränkungen dieses Rechts akzeptieren wir nicht. Wenn man im Rahmen solcher Einschränkungen bleibt, kann man nicht von einem sinnvollen Kampf reden. Im Rahmen derartiger gesetzlicher Einschränkungen ist es nicht möglich, ökonomische und demokratische Rechte zu erringen. Deshalb interessieren uns solche Gesetze nicht. Wir können über das Recht reden. Wir sprechen über Demokratie. Aber über diese Gesetzeserlasse diskutieren wir nicht, sie gehen uns nichts an.

Die Arbeiterklasse wird alle Hindernisse für Menschenrechte und Demokratie, alle bestehenden Ungerechtigkeiten nur durch einen massenhaften allgemeinen Streik überwinden können. Wir meinen, daß dieser Generalstreik ein Heilmittel für das Land sein wird. Er wird auch für die Demokratie ein Heilmittel sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man über die Pro-

bleme unseres Landes redet, kann man an dem kurdischen Problem nicht vorbeigehen. Es ist das wichtigste Thema, das heute auf der Tagesordnung steht. Das gilt nicht nur für unsere Öffentlichkeit, sondern auch für die Weltöffentlichkeit. Während der Staat offiziell das Völkerrecht anerkennt, wird dieses zugleich in den Gebieten, in denen die Kurden leben, nicht verwirklicht. Und wenn etwa in Batman in den letzten fünf Monaten die Anzahl der Täter-unbekannt-Morde auf 150 gestiegen ist, so bedeutet das, daß der Staat die Täter deckt und daß er seine Aufgabe, die Menschen zu schützen, vernachlässigt. Die Zahl, die ich erwähnt habe, gilt allein für die Provinz Batman. Wenn wir uns das gesamte Territorium vor Augen halten, sind dort unzählige unschuldige kurdische Zivilpersonen durch Täter-unbekannt-Attentate betroffen; aber das ist noch nicht alles: Es werden zahllose Dörfer und Kleinstädte bombardiert, verbrannt, dem Erdboden gleichgemacht. Ich weiß nicht, auf was für eine Rechtsgrundlage sich ein derartiges Vorgehen stützen kann.

Seit Jahren wird planmäßig dafür gesorgt, daß das kurdische und das türkische Volk, die vielfach miteinander verwoben sind und brüderlich miteinander gelebt haben, in einer schwierigen Zeit gegeneinander aufgehetzt wird, indem Nationalismus und Völkerhaß überall im Lande geschürt werden.

Die dunklen Kräfte, die dahinter stecken und die von imperialistischer Logik gelenkt werden, wollen nach dem Grundsatz "Teile und herrsche!", daß die Völker in den Ländern gegeneinander aufgebracht werden und sich gegenseitig umbringen. In der Weltgeschichte gibt es dafür viele Beispiele. Und das Beispiel, das wir selbst er-

leben, kennen wir ja zur Genüge.

Unser Interesse aber ist sowohl innerhalb der Grenzen unseres Landes als auch im internationalen Maßstab ein anderes: Wir, die Arbeiterklasse, die an Demokratie glaubt, die an die Brüderlichkeit der Völker glaubt, die die am meisten fortgeschrittene gesellschaftliche Klasse ist, müssen in diesem Kampf die Führung innehaben; dabei dürfen wir vor dem Nationalismus und Völkerhaß, der hinter der Geschichte herhinkt, um keinen Fußbreit Boden zurückweichen. Den Kampf, den wir zu führen haben, und die Waffen, die wir dabei benutzen, diese friedlichen Waffen, dürfen wir nicht nur wegen unserer eigenen Klassenlage einsetzen, meine ich.

Auch bei dem Kurdenproblem ist es die Aufgabe vor allem der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften, die sie vertreten, der gefährlichen Politik, die der Staat betreibt, die Brüderlichkeit des türkischen und des kurdischen Volkes entgegenzusetzen und die Einheit der türkischen und kurdischen Arbeiterklasse herzustellen. Genau diese Aufgabe haben wir, die Arbeiterklasse, uns vorgenommen. Wir werden uns damit auseinandersetzen und dafür den Kampf führen. Wer auch immer was sagt, wer und was für Kreise aus welchem Grunde auch immer gestört werden mögen: Daß das Blutvergießen in diesem Krieg aufhören soll, wird die Arbeiterklasse sagen. Das letzte Wort dabei hat sie. Die Arbeiterklasse ist es, die die Brüderlichkeit der Völker schaffen wird.

Der Kampf für die Entwicklung der Demokratie und für die Brüderlichkeit der Völker wird zu einem wichtigen Teil von der Arbeiterklasse ausgefochten und entschieden.

Anzeige

KÜCHE AUS 1001 NACHT GEMIEßEN

KOKILE



Original türkische Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 66611
geöffnet
Montags bis Sonntag
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts

AUFRÄUMAKTION IN DORTMUND

- Nazi-Plakate erfolgreich beseitigt -

Am 4. Juni hat in Dortmund ein Großbreinemachen stattgefunden, das mal bitter nötig war. Betroffen waren davon mehrere Stadtteile und ein Teil der Autobahn B1. Anlässlich der Europawahl hatten zahlreiche der über 20 sich um die Stimmen deutscher Staatsangehöriger bewerbenden Parteien durch Werbeflächen auf sich aufmerksam zu machen versucht. Auch mehrere faschistische Parteien hatten mit ihren Plakaten und Stell- bzw. Hängetafeln das Stadtbild verschmutzt, und zwar die REP, die NPD, die ÖDP, der Bund freier Bürger und die Bürgerrechtsbewegung Solidarität.

Der Bund freier Bürger hatte kürzlich noch den FDÖ-Vorsitzenden Jörg Haider in Dortmund sprechen lassen wollen, der aber hatte angesichts der Masse von rund 200 mit Eiern und Tomaten bewaffneten Antifaschistinnen und Antifaschisten und der im Unterschied zu ihren Hamburger Kollegen positiv hervorzuhebenden Zurückhaltung der Dortmunder Polizei bei dieser Auseinandersetzung auf seinen Auftritt verzichtet.

Am 4. Juni nun trafen sich knapp hundert Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt, darunter Mitglieder verschiedener deutscher und nichtdeutscher antifaschistischer Organisationen. Sie teilten sich in drei etwa gleichstarke Trupps auf, wobei besonderer Wert darauf gelegt wurde, daß die einzelnen Trupps sowohl aus deutschen als auch aus türkischen und kurdischen Menschen bestanden. Diese

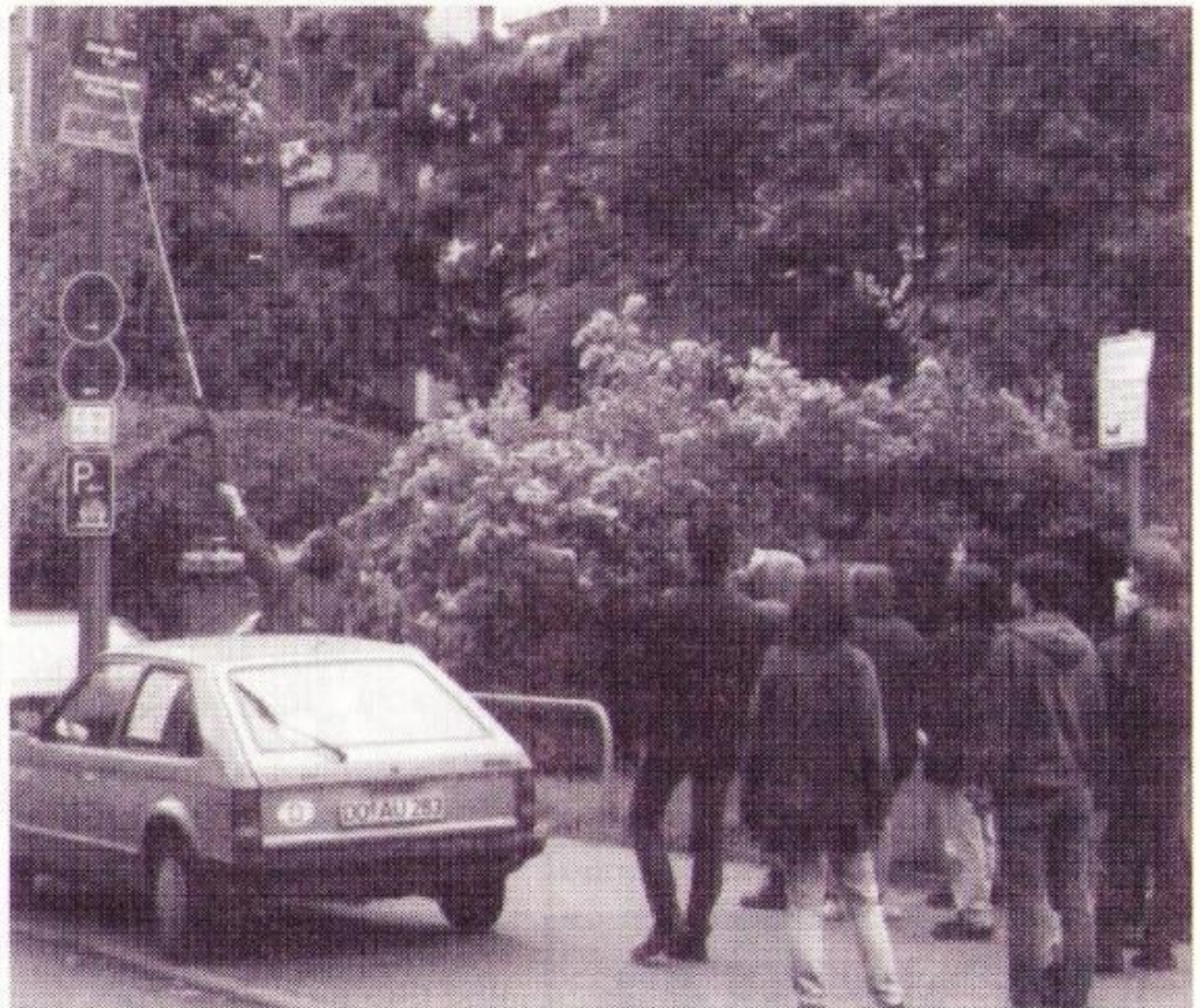
Trupps begaben sich in die Stadtteile Eving und angrenzende, Dorstfeld/Lütgendortmund sowie zur B1.

Da insbesondere die REP, teilweise aber auch die NPD, ihre Hängetafeln an Laternen- und Telefonmasten sehr hoch gehängt hatten, waren Ausziehleitern, zusammensetzbare Stangen (sogenannte Teleskopstangen), an denen Zangen gefestigt wurden, usw. besorgt worden, um so den Hängetafeln beizukommen. Trotzdem verlangte es immer noch viel Akrobatik, um auch an die höchsten Tafeln zu kommen.

Einmal fuhr eine Kolonne von Polizeifahrzeugen mit Bielefelder Kennzeichen an uns vorbei, und auch diese ließ uns unbehelligt und hat offenbar auch ihre Kollegen in Dortmund nicht unterrichtet, denn diese erschienen während der ganzen Zeit (über zwei Stunden) nicht.

Wie ich später am Abend einer Sendung des WDR 3 entnahm, war die Dortmunder Polizei damit

beschäftigt, gegen die Deutschen Nationalisten, die sich diesmal, durch NPD, FAP, Wiking-Jugend und Skinheads sowie ausländische Faschisten auf rund 200 Mann verstärkt, nach Dortmund-Mengede getraut hatten, eine Razzia zu machen, wobei sie Waffen und Propagandamaterial sicherstellte. Sie waren von Aachen gekommen, wo sie ihr Stelldichein wegen einer antifaschistischen Demonstration vorzeitig hatten beenden müssen. Das Eingreifen der Polizei wurde mit drohenden Übergriffen auf die in diesem Stadtbezirk wohnenden ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner Dortmunds begründet. Allerdings wurden die



Faschisten nach der Personalienfeststellung alle wieder auf freien Fuß gesetzt.

Zum Schluß möchte ich noch bemerken, daß man an den benutzten Papptafeln ablesen kann, wer zu den reichen und weniger reichen Faschisten gehört. Während die feinen Pinkel von den REP sehr gute und von ihr erstmals benutzte Tafeln aufgehängt hatten, war das Material der von den NPD-Underdogs benutzten Tafeln längst nicht so gut und diese zum Teil mehrfach beklebt worden, und einige waren auch schon durch den Regen rissig geworden. Mehrere NPD-Papptafeln hatten vorher für eine Wahl der Statt-Partei als Werbefläche gedient, andere (deren Material besser war) waren offensichtlich vor ihrer Benutzung durch die NPD von dieser geklaut worden. Künftig werden sie besseren Zwecken dienen ...

Ein Leser

Europas Sarg wird erneut gebaut...

"Deutschland", mit diesem Begriff verbinden viele Menschen auf der Welt Technik, Wohlstand, Fleiß und Erfolg, doch eine andere Seite der Medaille haftet den Deutschen noch bis heute an, nämlich Völkermord, Krieg, Nationalismus und die unbewältigte Vergangenheit. Alle Welt glaubte enthusiastisch, daß nach dem Sieg über den Nationalsozialismus die Pforten für eine friedliche Zukunft geöffnet wären, daß der Wahnsinn des Dritten Reichs für immer beerdigt wurde, in einem Grab, das das Wiederaufstehen eines faschistischen Dämons, der Kriege und Morde führt, da er andere Völker und Mentalitäten verachtet, für immer unmöglich machte. Doch das alles war leider nur Illusion, da Faschismus letztendlich ein europäisches Problem ist, nicht nur ein deutsches.

Die letzten Wochen erschütterten mich und machten mir klar, daß Fremdenhaß, Intoleranz und Nationalismus alles andere als nur deutsche Probleme sind, sie sind im Gegenteil in jedem Volk fast unheilbar fest verankert. Europa trägt, über Jahrhunderte fest gewachsen und gediehen, nationalistische Geschwüre und Leiden, die ein Funktionieren zwischen Andersartigkeiten nicht zulassen.

Europa ist verseucht, und auch das kleinste Volk kann sich nicht von diesem Virus freisprechen.

Der Faschismus überrollt erneut, wie schon oft zuvor, Europa, seine Drahtzieher, überall an Macht, Prestige und "Glaubwürdigkeit" gewinnend, rüsten ihre Anhänger.

Lügen, Propaganda und Gewalt sind ihre Waffen, ihre Handlanger führen aus, das demokratische Lager, wie immer in tausend Splitter zerbrochen, schaut machtlos zu. Der faschistische Sämann streut erfolgreich Angst in den europäischen Nährboden, und siehe da, die Ernte erfolgt schnell, doch ist ihr Wuchs tatsächlich kahl, fruchtlos und zerstörend, Tünche besitzen die Nationalisten schließlich in unendlicher Menge.

Wenn ich mir die internationale Bühne anschau, bekomme ich Angst, wie weit diese fleischfressende Pflanze gewachsen und vor allem wie dick sie geworden ist. Ich bekomme Angst wenn ich sehe, wie ungestört das gegenwärtig nationalistischste, faschistischste und alle Dimensionen sprengende Bollwerk Serbien ihre Metastasen zieht, Organisation ist alles, und je dreister man im Bereich des Wahnsinns ist, desto mehr "Erfolg" hat man - Serbien zeigt, und das gesichtslose Europa ohne einen Funken menschlicher Ehre tanzt den schmachvollen Tanz einer Marionette. Bravo EU, UNO und Konsorten.

Faschismus ist salonfähig geworden, nicht mehr der kahlgeschorene Schläger ist gefragt, sondern der arrogante, gutgescheiterte Rassemensch, der nicht einmal mit der Wimper zuckt, wenn es an die Arbeit geht, wehrloses, dem faschistischen Dogma nicht lebenswert erscheinendes Leben zu töten.

Lächelnd spielen die Drahtzieher ihre Karten der Macht, Bündnisse wechseln je nach Interessenlage, der Schlaueste siegt, das Risiko kann der eingehen, der viel hat, deshalb heißt's Macht ansammeln. Die Spieler heißen Milosevic, Tudjman, Mitsotakis, Papandreou, Berlusconi, Schirinowski und bei uns Schönhuber, die NPD, REP etc., alle alten Vorbildern folgend, doch haben sie aus den Fehlern ihrer Vorbilder gelernt, die faschistischen Bakterien sind immun geworden und treten mit einem noch nie dagewesenen Selbstbewußtsein auf, und das begeistert!

In ihren Ländern lösen sie derzeit breitschichtig ein neues Bewußtsein aus, nationalistische Kundgebungen, die Verfälschung der eigenen Geschichte und der daraus resultierende Aufbau von Feindbildern gehören in Griechenland, Rußland, der Türkei und anderen europäischen Ländern zur Tagesordnung. In Serbien ist der staatlich verordnete Terror eskaliert; Deutschland, Frankreich und Italien erfahren einen besorgniserregenden Rechtsverfall, besonders Italiens Demokratie scheint durch die gegenwärtige Rechtskoalition gefährdet. In den europäischen Metropolen marschieren Nationalisten und Gleichartige mit staatlichem Segen, die Medien schmücken den faulen Mist ihrer Parolen, eine Kehrtwendung und staatlich verordnete Manipulation in der öffentlichen Meinungsbildung erfolgt; oppositionelle Presse wird im höchsten Maße eingeschränkt, sie muß den an Popularität gewonnenen rechten Blättern an den heimischen Kiosken weichen, denn nur diese versprechen Umsatz, der Widerstand einiger Gruppen erscheint dabei wie die bekannte kleine Kerze im übermächtigen Sturm.

Nationale Achsen entstehen, es werden Grenzen gezogen, Menschen und ihre Schicksale sind bei den Gewehr bei Fuß stehenden Faschistenführern nicht von Interesse.

Hinzu kommt, daß sich Nationalismus auszahlt, denn Europa und all seine Witzpuppeninstitutionen schauen gelähmt zu, Verantwortung übernehmen, das sollen ruhig mal die anderen, denn der Name dieser Organisationen scheint zunächst mächtig, sie entpuppen sich aber alsdann als Grüppchen von machthungrigen Karrieristen, die das Schicksal von Menschen nicht einen Funken interessiert.

Die Situation in Europa erscheint erneut bedroht, wieder einmal siegen einige schlaue Menschenfeinde, denen Tod und Verderben näher am Herzen liegen als Friede und Verständnis, Serbien diene dabei nur zu gut als Vorbild des faschistischen Erfolgs, da heißt es: anschauen und nachmachen, und die Faschisten Europas sind eifrig dabei; an Fleißkärtchen fehlt es dabei nicht.....

Aleksander G. Berisha

Euthanasie, Bioethik...

(zu den Artikeln von Bruno in AntifaZ 43 und 44)

Wir haben lange gezögert, einige Anmerkungen zum Beitrag "Haben die Ärzte das Recht zu Morden?" (AntifaZ Nr. 43, Sept./Okt. 93, und Nr. 44, Nov./Dez. 93) von Bruno abzugeben.

Es zeugt von Ignoranz, Unkenntnis, ehrlicher Empörung und Fehleinschätzung der vergangenen und gegenwärtigen auch internationalen Entwicklung. Vor allem ist unerklärlich, wie dieser Artikel so in Eurer AntifaZ erscheinen konnte, nachdem Ihr unseren Beitrag "GENormte Menschheit" abgedruckt habt.

Habt Ihr unseren Artikel nicht diskutiert - oder den von Bruno nicht?

Abgesehen davon, daß es in unseren Augen wirklich furchtbar ist, daß Brunos Beitrag so erschienen ist, fragen wir uns, wieso das geschehen konnte. Habt Ihr als Redaktionsmitglieder und MitarbeiterInnen denn gar keine Kritik oder Anmerkungen?

Habt Ihr nicht bemerkt, daß es Bruno nicht gelungen ist, sein Thema in die politischen Verhältnisse unserer Zeit - die Entwicklungen - einzuordnen, sondern daß er in seiner Empörung über das, was er aufgeschnappt hat, steckenbleibt?

Und gerade dadurch ist sein Artikel so schlimm, so falsch, so gefährlich:

"Natürlich wird jeder 'Euthanasie'-Befürworter abstreiten, daß hinter den utilitaristischen Theorien auch nur im Ansatz die Kosten-Nutzen-Rechnung eine Überlegung spielt." (Nr. 43, S. 42) Falsch und gefährlich, da das Ausmaß, die Hintergründe, der gesamte Plan nicht begriffen, nicht gesehen wird.

"'Euthanasie'-Befürworter spekulieren auf die Etablierung ihrer Theorien in der Gesellschaft, bis aus strafrechtlicher Sicht 'Euthanasie' nicht mehr Mord ist, sondern vermeintliche 'Erlösung'." (Nr. 43, S. 42)

Falsch und gefährlich:

"Euthanasie"-Befürworter ARBEITEN seit langem und in internationaler Übereinkunft mit Regierungen u.a. auf die Legalisierung der Euthanasie und die Akzeptanz in der Bevölkerung hin (die BRD ist ein Schlußlicht). Haltet Ihr diesen Unterschied für eine unwesentliche Nuance?

Ist der erste Teil eher gekennzeichnet durch Nichtwissen und SPIEGEL-Jargon, der ja mit kritischer Attitüde staatlich erwünschte Ideen und Entwicklungen anschiebt, ist der zweite Teil, den Bruno offensichtlich sich selbst erarbeitet hat, ein Beweis dafür, daß die Euthanasie-Befürworter in Bruno bereits einige gedankliche Anker werfen konnten:

"Die Geburt ist zumeist ein freudiges Ereignis, welches von der Unsicherheit überschattet wird, ob das Neugeborene auch wirklich gesund ist oder ob es nicht doch körperlich oder geistig behindert ist." (Nr. 44, S. 25)

und:

"Um die Unsicherheit der Geburt eines behinderten Kindes wenigstens zum Teil auszuschließen, wird seit Jahren bei Frauen, die dies wünschen, eine Fruchtwasseruntersuchung durchgeführt, bei dessen Analyse z.B. festgestellt werden kann, ob das Kind u.a. ein Down-Syndrom oder Spina bifida hat." (Nr. 44, S. 25)

Hier wird deutlich, daß Bruno nichts von den seit mehreren Jahren geführten Diskussionen zur pränatalen Diagnostik mitgekriegt hat, auch nicht das aus der AntifaZ.

Und es geht entsprechend weiter:

"Die Ziele der Utilitaristen sind klar, sie treten für eine Gesellschaft ein, in der es keine Kranken, keine geistig Behinderten und keine körperlich Behinderten geben soll, sondern nur solche, die vor Gesundheit strotzen, die die höchste Lebenserwartung haben und die das größte Volumen an 'Lust' haben." (Nr. 44, S. 25)

Wie schon in Teil 1 werden Begriffe wie "krank", "behindert", "geistig behindert" als feststehende Definitionen und also unreflektiert übernommen. (Wer legt eigentlich fest, ob ein Mensch "krank" ist?)

Besonders in Teil 1, wo Bruno auf S. 40 die durch die Nazis eingeführten Definitionen "Behinderte, die als 'unheilbar krank, geistig behindert und arbeitsunfähig' galten", dann als einfache Begriffe weiterbenutzt, wird dies erschreckend deutlich.

In Teil 2 werden alle diese "Urteile" (und damit auch die urteilenden Instanzen) bereits hingenommen und akzeptiert.

"Mengele (KZ-Arzt (!) in Auschwitz - AAB) versuchte, einen neuen Menschentyp zu schaffen, die germanische Rasse (!)." (Nr. 44, S. 25)

Wieder ein Begriff, der übernommen wird.

Seit der Begriff "menschliche Rasse" erfunden wurde, wird diese Konstruktion zur Stabilisierung der herrschenden Ordnung gebraucht.

"Gleiches versuchen auch die Utilitaristen, zwar geben sie dies nicht ausdrücklich zu, jedoch was könnte ihr Ziel sonst sein?" (Nr. 44, S. 25)

Auch für diese Passage gilt: falsch und sehr gefährlich! Sie sagen es ja sogar:

"Unsere heutige Kritik an dem ideologischen Hintergrund des Nationalsozialismus richtet sich im Kern gegen dessen anthropologische Vorstellung, die eine konsequente und unerbittliche Bevorzugung einer bestimmten Menschenrasse vorsah ... Die Tatsache, zur nordischen Rasse zu gehören oder nicht, gab hier den Ausschlag für die Behandlung und den Wert des Menschen. Damit aber verletzt der Rassismus in fundamentaler Weise die Gleichheitsidee, wie der moderne (Präferenz-)Utilitarismus es formuliert ..." (Chr. Anstötz, in: Behindertenpädagogik, 27. Jg., Heft 4/1988, S. 373)

"Darin liegt ein wichtiger Unterschied zum Nationalsozialismus, bei dem es ebenfalls auf das Glück und das Wohlbefinden ankam, allerdings nur auf das einer Gruppe von Menschen, die bestimmten rassistischen Kriterien genügen mußten." (Chr. Anstötz, in: Behindertenpädagogik, 27. Jg., Heft 4/1988, S. 369)

Im Urteil der Bioethiker, wie sich die Euthanasie-Selektions-, Züchtungs- und Bevölkerungsstrategien zusammenfassend heute selbst nennen, ist Bruno einer, der mit überholten, gefühlsmäßig

gesteuerten und veralteten Vorstellungen den eingeleiteten Entwicklungen nichts als Empörung entgegensetzen kann. Die Bioethiker setzen gerade darauf:

"In Anwendung auf völlig neue Fragestellungen kann aber das bislang intuitiv Plausible seine Tragfähigkeit verlieren." (Zitiert nach taz, 21.1.94: "Die Gründung einer Ideenschmiede. Mit einer neuen Bioethik gegen mangelnde Akzeptanz der neuen Technologien"; zur Eröffnung des Instituts für Wissenschaft und Ethik in Bonn)

Solche empörten, eher sozialpädagogisch, christlich, kleinbürgerlich daherkommenden KritikerInnen tragen die Akzeptanz- = Ethik-Debatte in alle gesellschaftlichen Gruppen, statt eine Analyse zu liefern. Sie liefern in ihren Debatten/Beiträgen wenig brauchbare, wenig weiterführende Gegenargumente. Sie haben die wesentlichen Voraussetzungen der Euthanasie für Bioethik bereits akzeptiert:

- die Gesundheits-Definition
- die heutige Medizin, besonders die Organtransplantation und Pränatal-Diagnostik.

Kritisiert werden die "Leichenfledderei" und Versuche an Embryonen, nicht aber das dahinterstehende System.

Sie verteidigen eine in den Augen der Herrschenden überholte Gesellschaft ("Mitmenschlichkeit", "soziales Wesen"), ohne die gesellschaftlichen Vorstellungen der Bioethiker grundlegend zu kritisieren.

Und so täuscht Bruno sich und seine LeserInnen bis zuletzt über die Pläne und Beweggründe der Bioethiker, wenn er sagt: "Stellen wir uns vor, es gäbe diese Gesellschaft, dann müßte jede/r, der

Anzeigen

**Jonglieren
Fahrräder
Theater
Artistik
Kunst**

balance. Nichts sonst.

Kortumstr.5 44787 Bochum 1Tel.:0234 -12051/ 52

XS

Kneipe und Café

Herrenstraße

45657 Recklinghausen

Mo - Do 19.00h - 2.00h

Fr/Sa 19.00h - 3.00h

So Ruhetag

plötzlich krank wird, fürchten, getötet zu werden." (Nr. 44, S. 26)

Es gibt diese Gesellschaft - und nicht nur in den Köpfen einiger "Euthanasie"-Befürworter, sondern als Konzept der internationalen Vernetzung der Bioethiker-Szene mit staatlichem Auftrag. Und selbst Bruno, dem wir seine ehrliche Empörung gerne abnehmen, hat die jahrelange und relativ erfolgreiche Gegenbewegung (Anti-Euthanasie-Forum, bundesweit und regional, auch in NRW) bisher nicht zur Kenntnis genommen, sonst hätte dieser Artikel so nicht geschrieben werden können.

Wir möchten die AntifaZ-Redaktion und -MitarbeiterInnen auffordern, ihre Position zu einem der zentralen Themen unserer Gesellschaft und für die Zukunft zu klären.

P.S.: Das Buch "Muß dieses Kind am Leben bleiben?", die deutsche Übersetzung zu Singer/Kuhse "Should the Baby Live?", ist bereits im September 1993 im Harald Fischer Verlag erschienen. Die Anzeige in der taz vom 4.9.93 hat eine Welle von Protest bei Krüppel-, Anti-Euthanasie- und -Eugenik-Gruppen, Frauen- und Männergruppen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Elterngruppen usw. ausgelöst.

Wir ersparen uns, auf weitere Fehler einzugehen.

Februar/März 1994

Anti-Atom-Büro
Am Ölpfad 25
44263 Dortmund

(Diese Stellungnahme wurde der Redaktion am 23.6.1994 vorgelegt; daher kommt sie erst jetzt zum Abdruck.)

ANTWORT DER REDAKTION

auf den LeserInnenbrief des Anti-Atom-Büros
Wir haben heute (am 23.6.) auf der letzten Redaktionssitzung vor der Produktion Eure Anmerkungen diskutiert, was natürlich nur zu kurz sein konnte.

Wir sind alle der Ansicht, daß Brunos Artikel als Darstellung seiner eigenen Auseinandersetzung mit diesem Thema so erscheinen DURFTE, auch wenn es innerhalb der Redaktion unterschiedliche Kritik daran gab/gibt. In der AntifaZ schreiben und berichten Männer und Frauen mit ihren jeweils eigenen Erfahrungen und Kenntnissen, die in der Tat sehr verschieden sind und sein dürfen, über oft sehr sensible Themen. Eure berechnete

Kritik, daß wir Brunos Artikel nicht vor dem Erscheinen ausführlich diskutierten, ziehen wir uns an.

Wir stimmen Eurer Kritik in einigen Punkten zu: Bruno ist (noch) einige Unkenntnis zu bescheinigen, und er unterliegt einigen Fehleinschätzungen. Eure Ausführungen dazu machen ihm und wahrscheinlich auch vielen LeserInnen jedoch nicht deutlich, was Ihr mit Eurer Kritik genau meint. Was ist denn "der gesamte Plan"? Damit können nur Eingeweihte etwas anfangen, aber keine interessierten Menschen, die vielleicht gerade begonnen haben, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, und ehrlich empört sind, was zunächst eine Voraussetzung für das umfangreiche Thema "Bioethik" ist. Daß es dabei nicht stehenbleiben darf, ist klar. Wir verlangen aber nicht, daß eine/r "Fachfrau/-mann" sein muß, um in der AntifaZ über ein Thema schreiben zu dürfen.

Ein wichtiges Merkmal der "Bioethik" ist eine massive "Fehlerfeindlichkeit". Die "Fehler" werden mit "Krankheit", "Behinderung", "Leiden" etc. nach der herrschenden Norm definiert, um in der Folge beseitigt zu werden. Erschreckend ist die Tatsache, daß die Aussonderung, die Isolation und sogar die Tötung von Menschen, denen diese "Fehler" zugeschrieben werden, auch in der BRD (als "Schlußlicht") bereits seit langem passiert. Wenn wir KritikerInnen das "System der Fehlerfeindlichkeit" auch in unsere Arbeit hineinnehmen und keine fehlerfreundlichen Strukturen entwickeln können, dann ist es um unseren Widerstand gegen das menschenverachtende Konzept der "Bioethik" und seine internationalen VerfechterInnen tatsächlich schlecht bestellt. Was wir darüber hinaus brauchen, sind nicht nur "brauchbare, weiterführende Gegenargumente", sondern vor allem Argumente FÜR ein anderes Miteinander, FÜR eine andere Gesellschaft als die jetzige. Und die können wir in die gesellschaftlichen Gruppen nur dann hineinbringen und dort verankern, wenn wir sie erleben und vorleben.

So weit unsere Antwort auf Euren Brief, die leider nur kurz sein konnte. Die Frauenredaktion plant aber einen ausführlichen Artikel zum Thema "Bioethik", der voraussichtlich im Herbst erscheinen wird. Mit Eurem nächsten LeserInnenbrief zögert Ihr hoffentlich nicht so lange. Kritik ist erwünscht.

EW für die Redaktion

SIVAS

Der Tod hielt Ernte in Sivas, reich war seine Beute.
 Am Sensenmesser zu Stroh gewarfelt sind unsere Klänge,
 Klänge wie die von Yasemin*, Gül* und Hasret*.
 Zarte und weit gespannte Flügel von Schwalben,
 Klänge von uns - in Morgenfrische tropfender Tau.

Vergessen von nun an all seine Lieder** soll dieser Ort.
 Vergessen auch der Kraniche seidig-weiche Kehre.
 Vergiß auch du mich in Zukunft, o mein Geliebter!
 Zur Hälfte zu Asche zerstoßen, bin ich nur der Rest einer Frau.

Sind immer so trostlos öde nach Bluttat die Städte?
 Zum Schweigen gebracht des Flußlaufs reißende Wasser?
 Muß Sturm sich nun fürchten gar vor den Straßen?
 Erstickt gar das Stimmengewirr für immer in Feuer und Rauch?

Geliebter! Wo mit dem Menschsein hadert der Knecht,
 Dort ist mein Ort, ich habe verloren jedes Vertrauen,
 Bin eklig geworden und innerlich voll von Groll
 - Zugleich noch immer voll Sehnsucht nach Leben doch auch.

Tote Kinder bekommen die Wehen, toten Liebenden gleich.
 Gefällte Pappeln*** ächzen und pfeifen ihr Leid.
 Die Sprache verschlagen hats mir, an Versen sonst reich.
 Ein Seeleuchtfeuer**** zu zeichnen, ist jetzt an der Zeit.



Zerrin Taspinar***** (Juli 1993)

*) Bei dem von islamischen Klerikalfaschisten am 2. Juli 1993 in der türkischen Stadt Sivas verübten Brandanschlag auf ein Hotel, in dem ein Schriftstellerkongreß tagte, kamen 39 Intellektuelle in den Flammen um, darunter auch Yasemin Sivri, Gülender Akca und Hasret Gültekin. Hasret Gültekin, ein kurdischer Komponist alewitischer Glaubensrichtung, der die traditionelle kurdische und türkische Musik mit der europäischen zu verbinden suchte, war aus Köln, wo er eine Frau und ein Kind hinterläßt, nach Sivas gereist. Motiv für den Anschlag war die Anwesenheit eines Verlegers, der Salman Rushdies "Satanische Verse" auf türkisch herausgegeben hatte. Er entkam dem Feuertod.

**) Sivas war die Heimatstadt des viel besungenen Pir Sultan, eines alewitischen Freiheitshelden, der im 16. Jahrhundert einen Aufstand gegen das Osmanische Reich machte. Nach dessen Scheitern wurde er in Sivas gesteinigt und gehängt. Pir Sultan ist in seinem Streben und seiner Rolle etwa vergleichbar mit dem Bauernführer Thomas Müntzer.

***) Das Bild von der gefällten Pappel (kesilmis kavak) ist einem der Halbverse des Dichters Metin Altınok entnommen und soll daran erinnern, daß auch dieser in Sivas verbrannt ist.

****) "Seeleuchtfeuer" (deniz feneri) heißt der Titel eines Poesiebuches von Behcet Aysan, der ebenfalls in Sivas verbrannt ist.

*****) Die etwa 30jährige Dichterin Zerrin Taspinar war ebenfalls auf dem Kongreß in Sivas anwesend und ist dem Flammentod knapp entronnen. Sie verlor durch den Brandanschlag viele Menschen, mit denen sie sehr eng befreundet war. Das Gedicht trug sie auf einer Veranstaltung von DIDF "Solingen'de Sivas'da yananlar bizim" (Die in Solingen und Sivas verbrannten, gehören zu uns) in Bielefeld am 11.6.1994 den rund tausend Anwesenden vor.

Übersetzung des Gedichts aus dem Türkischen vorgenommen von zwei Mitgliedern des Demokratischen Arbeiter- und Jugendvereins (DIGD) Dortmund e.V., der zu DIDF gehört.

DAS LIED VOM SA-MANN

Als mir der Magen knurrte, schlief ich vor Hunger ein.
Da hört' ich sie ins Ohr mir "Deutschland, erwache!" schrei'n.
Da sah ich viele marschieren; sie sagten: "Ins dritte Reich!"
Ich hatte nichts zu verlieren; wohin es ging, war mir gleich.

Und als ich marschierte, marschierte neben mir ein dicker Bauch.
Und als ich "Brot und Arbeit!" schrie, da schrie der Dicke das
auch.
Ich wollte nach links marschieren, nach rechts marschierte er.
Da ließ ich mich kommandieren und lief blind hinter ihm her.

Und die da Hunger hatten, marschierten matt und bleich
zusammen mit den Satten in irgendein drittes Reich.

Sie gaben mir einen Revolver; sie sagten: "Schieß auf unser'n
Feind!"
Und als ich auf ihren Feind schoß, da war mein Bruder gemeint.
Jetzt weiß ich: Drüben steht mein Bruder; der Hunger ist's, der
uns eint.
Doch ich marschiere, marschiere mit seinem und meinem Feind.

So stirbt mir denn mein Bruder; ich schlacht' ihn selber hin
und weiß doch, daß, wenn er besiegt ist, ich selber verloren bin.

Bert Brecht (1931)